

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Kämptshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschönfeld bestimmte Blatt

Bausatzpreis mit illustr. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postcheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 geplatzt. Kolonelseite 35 Pf., bei Plakatvorlese 40 Pf.
Stellenangebote 10 gelt. Kolonelseite 25 Pf. Familienanzeichen von Privaten
die 10 gelt. Kolonelseite mit 60% Nachah. Reklamezeile 2 M. Inserate n. ausw.:
die 10 gelt. Kolonelseite 40 Pf. bei Plakatvorlese 50 Pf. Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Vertrauen für die Reichstagsfraktion

Unter allen Umständen Erhaltung und Verteidigung der Demokratie

Entschließung des Bornaer Unterbezirks

In Kieritsch tagte gestern eine Konferenz des Bornaer Unterbezirks, die sich mit den politischen Problemen beschäftigte, die durch den Panzerkreuzer und im Kampf um den Reichstag entstanden sind. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Genosse Gaupé übernommen. Die Konferenz war von 62 Genossinnen und Genossen besucht, die insgesamt 27 Ortsgruppen vertreten haben. Am Schlus der Aussprache wurde von den Vertretern der Ortsgruppe Borna die nachfolgende Resolution eingefordert, die einstimmig angenommen worden ist. Sie lautet:

„Die am 22. März in Bahnhof Kieritsch tagende Konferenz des Unterbezirks Borna beschäftigte sich in hervorragendem Ausmaß mit den letzten Abstimmungen im Reichstag. Wett wichtiger und lebensnotwendiger als die Frage der Panzerkreuzer erachtet die Konferenz für den Kriegskampf der deutschen Arbeiterklasse die Erhaltung und Verteidigung der demokratischen Staatsform unter allen Umständen. In diesen Zusammenhang sprechen die Delegierten der Reichstagsfraktion ihr volles Vertrauen aus. Sie bedauern aber, erklären zu müssen, daß sie im Umgang der gegenwärtigen Situation die Haltung der neun Genossen, die gegen den Besluß der Fraktion standen, durchaus nicht verstehen können.“

Die Aussprache, die dem Referat folgte, bewegte sich einmütig im Sinne dieser Resolution. Eine gegenteilige Meinung wurde nicht vertreten. Dass die Werbeschäftigkeit der Partei auch

durch den Kampf um die Panzerkreuzer nicht gemindert wurde, bewiesen einige Feststellungen, die nach Beendigung der politischen Debatte gemacht wurden. In Aufsicht hat während der letzten Wochen ein einziger Genosse 12 Aufnahmen gemacht. Die gleichen Ergebnisse hatte ein Genosse in einem anderen Ort. Die Spize im Weitbereich um den besten Werberfolg hält zur Zeit ein Bornaer Genosse, der 12 Aufnahmen zu verzeichnen hat.

Der Verlauf der Bornaer Unterbezirkskonferenz bezeugt, daß die Beschlüsse der neun Dissidenten der Reichstagsfraktion nicht stichhaltig sind, die glauben, daß bei der Haltung der Fraktion Panzerkreuzer B die Werbeschäftigkeit und die Widerstandskraft der Partei stark gemindert würde. Auch die Delegierten der Tagung in Kieritsch bestätigten, daß die Kommunisten ihr möglichstes tun, um die Sozialdemokratische Partei zu diskreditieren. In der Erkenntnis aber, daß es zunächst gilt, die Demokratie unter allen Umständen zu erhalten, gelobten sie, alles einzusehen, um alle Manöver der Kommunisten zu durchkreuzen.

Die Parole bleibt nach wie vor: Antifaschismus! Der Kampf gegen den Faschismus wird am besten geführt durch die Verbreiterung der sozialdemokratischen Klassenfront. In diesem Sinne gilt nach wie vor der Ruf:

„Wo bleibt der zweite Mann?“

An der Bahre Hermann Müllers

SPD Der Sarg mit der sterblichen Hülle Hermann Müllers wurde am Sonnabend, gegen 19.45 Uhr, in aller Stille von dem Sargträger nach dem Hause der Sozialdemokratie, der Lindenstraße 8, übergeführt, an jene Stätte, an der Hermann Müller Jahrzehnt für die Partei und die Republik erfolgreich gearbeitet hat. In einem einfach ausgeschmückten Parteiraum wurde der Sarg aufgebahrt. Die erste Totenwache hielten die engeren Freunde Hermann Müllers aus dem Parteivorstand, der Reichstags- und Landtagsfraktion, der Vorwärts-Redaktion und sonstiger Parteiinstitutionen.

Am Sonntag morgen übernahm das Reichsbanner die Totenwache.

*

Der Sonntag brachte eine Massen Kundgebung der Trauer an der Bahre des toten sozialdemokratischen Führers. Aus Berlin wird darüber berichtet:

Auf dem Gebäude des „Vorwärts“ in der Lindenstraße wohnt eine große rote Fahne auf Halbmast. Die Tore sind weit geöffnet. Reichsbannerleute stehen auf dem Hof und wischen die Besucher in den Raum zu ebener Erde, der Hermann Müller's Leiche birgt. Sechs Reichsbannerleute stehen unbeweglich neben dem einfachen braunen Holzsarg. Endlos kommen die Besucher aus nah und fern, Proletarier und Bürger. Stumm stehen sie vor dem Sarg, und stumm gehen sie wieder. Auf dem Hof stehen Menschenmassen, alte Parteigenossen aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Sie besprechen die Lage. Sie werden nicht verzagen, denn sie wissen, daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.

*

Die Beisetzung Hermann Müllers erfolgt am Donnerstag, 16 Uhr, von dem Hause der Sozialdemokratischen Partei, der Lindenstraße 8, aus. Auf dem Hof des Gebäudes wird der Sarg aufgebahrt. Otto Wels und andere führende Mitglieder der Partei werden ihrem Freunde leichte Abschiedsworte widmen. Dann wird der Sarg mit der sterblichen Hülle, von einer Ehrenwache des Reichsbanners eskortiert, über den Belle-Alliance-Platz durch die Wilhelmstraße zum Reichstag und von dort zu dem Krematorium in der Gerichtsstraße gebracht werden. Von der Reichskanzlei bis zum Reichstag wird das gesamte Reichskabinett mit Reichskanzler Dr. Brüning an der Spitze, dem Toten das letzte Geleit geben. Am Reichstag steht die Macht der Tauerzug noch einmal halt: Das Parlament wird sich durch den Mund seines Präsidenten Dr. Löbe für immer von Hermann Müller verabschieden. Dann führt der Weg zur Gerichtsstraße, wo die Einäscherung erfolgt.

Die Gebäude der Reichsregierung haben seit Sonnabend zu Ehren Hermann Müllers Halbmast gesetzt.

Die Polizeikostenzuschüsse

Kein Anspruch für Naziregierungen

SPD Der Reichstag nahm am Sonnabend zum Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung folgende „politisch wichtige“ Ausschüttungslösung an:

„Beim Abschluß der Verträge über die Fortzahlung der Polizeikostenzuschüsse ist dafür zu sorgen, daß kein Anspruch auf Zahlung an solche Länder gewährt wird, die Angehörige von Parteien, die mit oder ohne ausdrückliche Billigung ihrer obersten Führung den gemeinsamen Umsturz propagieren, in die Schuhpolizei aufzunehmen oder zu Vorgesetzten der Schuhpolizei machen.“

Wahlerfolg der Labour Party

Die Nachwahl in Pontypool (im Kohlengelände von York) ergab für den Labour-Kandidaten Davies 12.819 Stimmen gegen 8.414, bei der letzten Wahl. Der liberale Kandidat erhält 8.888 Stimmen.

Das Ergebnis der Nachwahl ist ein Beweis dafür, daß die Bergarbeiter das Vertrauen in die Labour-Regierung nicht verloren haben, obwohl die ihnen im Wahlkampf gegebenen Versprechungen bisher nicht erfüllt werden konnten.

Deutsch-österreichische Wirtschaftsallianz

SPD Auf das Glaslo, das die Zoll-Waffenstillstandsbestrebungen vor einigen Tagen in Genf erlebt haben, folgt die Nachricht vom Abschluß der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich. Ebenso wichtig wie dieser Abschluß ist die Art, wie ihn die beiden Regierungen der Öffentlichkeit mitteilen. Es wird eindeutig gesagt, daß sich Bestrebungen, die in dem neuen deutsch-österreichischen Vertrag ihren Ausdruck finden, nicht auf die beiden Länder beschränken sollen. Der Weg von Verhandlungen mit andern Staaten auf der gleichen Grundlage wird ausdrücklich offen gehalten. Die Regierungen Deutschlands und Österreichs bilden sich damit handelspolitisch zu der Politik der offenen Tür.

Die Besprechungen zwischen Deutschland und Österreich sind durch den Besuch des deutschen Außenministers Dr. Curtius in Wien so weit gefördert worden, daß in den anschließenden Beratungen, die in Berlin und Wien stattgefunden haben, die Vereinbarung über das weitere gemeinsame Vorgehen auf diesem Gebiet festgestellt werden konnte.

Wie in einem deutschen Communiqué mitgeteilt wird, wurden sich beide Regierungen darüber klar, daß mit den bisher üblichen Methoden der Handelspolitik der Gedanke einer europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet nicht verwirklicht werden konnte. Es mußten andere Wege gefunden werden. Schon während der Septembertagung in Genf hat der österreichische Botschafter Dr. Schöber der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die bessere Organisierung der europäischen Wirtschaft mit regionalen Verständigungen beginnen müsse. Im Verlauf dieses Gedankens haben die beiden Regierungen sich jetzt entschlossen, in dieser Richtung einen praktischen Anfang zu machen, und auf Grund bestimmter vereinbarter Richtlinien in Verhandlungen über einen Vertrag zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder einzutreten. Dabei sind sich die beiden Regierungen darüber einig geworden, daß sie auch mit jedem anderen europäischen Staat auf dessen Wunsch in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung eintreten wollen.

Die für den deutsch-österreichischen Vertrag vereinbarten Richtlinien lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Deutschland und Österreich schließen sich für den Warenverkehr zwischen ihren Ländern und für ihren Warenverkehr mit dritten Staaten zu einer Zollunion zusammen. Diese Zollunion soll nach einem neuen System aufgebaut werden, das von den für Zollunionen sonst üblichen Formen erheblich abweicht. Die Unabhängigkeit beider Länder bleibt unberührt. Sie werden einen übereinstimmenden Zolltarif und ein über-einstimmendes Zollgesetz einführen, die künftig nur auf Grund einer Vereinbarung zwischen ihnen abgeändert werden können. Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle erhoben werden; jedoch werden sich



Hermann Müller
auf der Totenbahre

Die beiden Regierungen darüber verständigen, für welche einzelnen Waren sich einstweilen noch Zwischenfälle als erforderlich erweisen. Die Zollverwaltung jedes der beiden Länder bleibt völlig selbständig. Die von ihnen vereinbarten Zölle werden nach einem noch festzulegenden Verteilungsschlüssel verrechnet. Jede der beiden Regierungen soll das Recht behalten, für sich mit dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen, doch muß hierbei Rücksicht darauf genommen werden, daß diese Verträge nicht in Widerspruch mit dem abzuschließenden deutsch-österreichischen Vertrage stehen. Auch soll bei solchen Verhandlungen mit Dritten möglichst gemeinsam vorgegangen werden.

Zum Zwecke der reibungslosen Durchführung des Vertrages soll ein paritätisch zusammengesetzter Schiedsausschuß gebildet werden, der die Aufgabe hat, strittige Auslegungsfragen zu entscheiden, und auch sonstige bei der Durchführung des Vertrages etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Teilen zu bereinigen. Der Vertrag soll während der ersten drei Jahre unklindbar sein, von da ab aber von jedem Teil unter Zustimmung seiner gegebenden Körperschaften mit einjähriger Frist gefürbündigt werden können.

* WTB Wien, 22. März.

Die Wiener Amtliche Nachrichtenstelle teilt mit: Am 21. März erschienen im Laufe des Tages die diplomatischen Vertreter Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italien beim Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Schober, mit der Mitteilung, daß die in den Zeitungen vom 17. März d. J. veröffentlichten Nachricht über den Abschluß einer Zollunion zwischen Österreich und Deutschland ihre Regierungen veranlaßt hat, der österreichischen Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen, daß der Abschluß einer solchen Zollunion gegen das Generale Protokoll vom 4. Oktober 1922 verstößt. Die genannten diplomatischen Vertreter wurden vom Botschafter entsprechend aufgeklärt.

* SPD Paris, 21. März.

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Sonnabend eine Unterredung mit Brund, in deren Verlauf er, wie anzunehmen ist, den französischen Außenminister über die Bedeutung des deutsch-österreichischen Zollbündnisses unterrichtet hat. Das Abkommen wird vom „Temps“ mit Besorgnis als Einführung eines politischen Zusammenschlusses der beiden Länder angesehen.

Interviews Otto Brauns

Die Gefahr der nationalsozialistischen Welle

CTB Paris, 21. März.

Der in Berlin weilende Außenpolitischer des Matin hat den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun interviewt. Nach Darstellung des Matin-Korrespondenten erklärte Braun u. a., er glaube, daß die Hitlerische Strömung jetzt nur noch zurückgehen könne. Ueberdies sei die Regierung gar nicht so schwach, wie man das behauptet. Die Regierung brauche keineswegs die Reichswehr in Angriff zu nehmen. Die Schupo genüge schon.

Braun ging dann auf die Arbeitslosigkeit in Deutschland ein. Den Matin zufolge führte er u. a. aus, der eine Teil habe zwar arbeiten gelernt, habe aber dann seine Beschäftigung mehr gefunden, während Hunderttausende von jungen Leuten überhaupt noch nicht die Gelegenheit gehabt hätten, zu arbeiten. Sie würden zu unnötig, so sogar geschräglichen Mitgliedern der Gesellschaft. Einem Franzosen gegenüber pflegte er, Braun, stets zu sagen:

Ihr Franzosen wollt eure Reparationen bezahlt erhalten, aber ihr verlangt etwas, was wir nicht haben, nämlich Geld. Das würde auf dasselbe hinauslaufen, als wenn man mit einem besiegten Reger König einen Vertrag abschließt des Inhalts, daß der Siegerkönig seinen Tribut in Form von Klavieren und Nähmaschinen abbezahlt. Deutschland habe Frankreich etwas zu bieten, nämlich Arbeitskräfte und Fertigfabrikate. Braun vertritt die Ansicht, daß in Frankreich Arbeitsgelegenheit genug vorhanden sei und daß auch das System der Sachlegerungen gewisse Möglichkeiten habe. An dem Tage, an dem es unmöglich sein würde, die Arbeitslosen zu ernähren, werde ein Sturm über Deutschland hinweggehen, gegen den man nichts ausrichten könne. Daher sei immer wieder die wahre Hoffnung die auf eine aufrichtige Verständigung mit Frankreich.

*

* SPD Paris, 21. März.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat sich einem Sonderkorrespondenten des sozialistischen „Soir“ gegenüber sehr optimistisch über die Zukunft der deutschen Republik und die politische Entwicklung in Preußen geäußert.

Braun glaubt, daß der Nationalsozialismus nur ein schnell verglimmendes Strohfeuer ist und ein faschistischer Putsch nicht zu befürchten sei, da die preußische Regierung die Polizei fest in der Hand habe und daher für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen werde. „Unsere Politik — so fuhr Braun in bezug auf die Sozialdemokratie fort — ist sehr schwierig. Es ist nicht immer leicht, den Massen die Gründe verständlich zu machen, die uns eine opportunistische Taktik auferlegen und uns zwingen, für unpopuläre Gesetze zu stimmen. Sollten wir z. B. wegen der Kredite für den Panzerkreuzer B das Kabinett stürzen, um damit dem Faschismus Gelegenheit zu geben, wieder in den Reichstag zurückzukehren und eine Rechtskoalition gegen uns zu bilden?“

In bezug auf Preußen fügte Braun hinzu, daß die Sozialdemokratie bei den Wahlen im Jahre 1932 erfolgreich sein werde.

Erläuterungen Breitscheids

WTB Paris, 21. März.

Der „Excelsior“ veröffentlicht ein Interview des sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid. Dieser erklärte, die deutschen Sozialdemokraten seien bei der Verteidigung ihres Landes gegen die Umtriebe der Hitler-Leute gezwungen, große Opfer zu bringen und sich mitunter mit ihrer eigenen Politik in Widerspruch zu setzen. Aber das sei das einzige, ihnen zur Verfügung stehende Mittel, um die Demokratie und das parlamentarische Regime zu retten, die sowohl von der äußersten Linken als auch von der äußersten Rechten bedroht seien. Er, Breitscheid, glaube nicht, daß die Nationalsozialisten irgendeinen Aufstand hervorgerufen beabsichtigten. Einem solchen wäre ein schwerer Widerstand beschieden. Deutscherseits wolle man nicht etwa wieder aufstehen, aber man wolle, daß die anderen Länder abrücken. Wenn man von einer Vertragsteilung spreche, so meine man damit keineswegs eine Revision der Grenze Elsass-Lothringens. Diese Frage sei endgültig geregelt. Anders liege die Sache im Osten. Über die deutschen Sozialdemokraten dürften niemals daran, diese Frage mit Gewalt zu lösen.

Um die Sanierung der Knappsfahrt

SPD. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde am Sonnabend bei der Beratung der Knappsfahrtsanierung vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß jetzt versucht werde, die Zahlungsschwierigkeiten durch Bombardierung von Wertpapieren der Knappsfahrt zu überwinden.

Für die grundlegende Sanierung soll nach Rücksprache mit der Regierung ein kleiner beratender Ausschuß gebildet werden. Die Sozialdemokraten enthielten sich bei der Beschlussfassung über die Einsetzung eines solchen Ausschusses der Stimme. Sie werden sich aber, nachdem er beschlossen ist, durch Entsendung einiger Mitglieder an ihm beteiligen.

Die Lawine rollt!

Rundgebungen der Sozialdemokratie

SPD Der von der Sozialdemokratie eingeleitete Kampf gegen die faschistische Volksverhetzung wird mit immer größerer Wucht fortgesetzt. Auch in der zweiten Märzwoche zeigt die Aktivität der Massen unter Führung der Sozialdemokratie eine erfreuliche Steigerung.

Der Bezirk Ostpreußen berichtet in der zweiten Märzwoche von 98 öffentlichen Volksversammlungen mit insgesamt 17 000 Teilnehmern. Einige neue Ortsgruppen sind gegründet und über 1000 neue Mitglieder gewonnen worden. Besondere Aktivität entfalten die Parteidreunde auf dem flachen Lande. So hat der Ortsverein Bötzendorf (Kreis Barrienstein) seine Mitgliederzahl von 38 auf 74 gesteigert.

In Mittelsachsen sind 57 Volksversammlungen mit 9170 Teilnehmern durchgeführt worden. Eine 1000-Kundgebung in Breslau war überfüllt; eine Parallelversammlung mußte abgehalten werden. Niedersachsen hat in der zweiten Märzwoche 54 von 7700 Teilnehmern besuchte Volksversammlungen veranstaltet. Die Stimmung in den Versammlungen, auch in den kleinen ländlichen Gemeinden, ist glänzend; außerordentlicher Besuch wird gemeldet. Die in den Versammlungen anwesenden Nazis wagten nicht, in die Diskussion einzutreten. In einer Woche sind der Partei 106 neue Kämpfer eingeführt worden.

In Pommern läßt die Aktivität der Arbeiterschaft nicht nach. Trotz der ungünstigen Witterung führte die Partei 12 Veranstaltungen, darunter 7 Filmvorführungen, mit weit über 2000 Personen durch. Versuche der Nazis, an einigen Orten die Filmvorführungen zu stören, sind kläglich mißlungen. In Mecklenburg-Vorpommern ist eine erfreuliche Steigerung der Versammlungstätigkeit festgestellt. 35 Volksversammlungen sind durchgeführt worden; viele waren überfüllt.

41 Volksversammlungen mit 9000 Besuchern meldet Sachsen. Glänzenden Besuch weisen nicht nur die städtischen, sondern auch die ländlichen Versammlungen der Sächsischen Schweiz auf. Der Bezirk Leipzig meldet 14 Versammlungen mit 4200 Teilnehmern. Zahlreiche Personen sind der Partei beigetreten. Der Bezirk Zwickau veranstaltete 18 öffentliche Versammlungen. Der Besuch war überall ausgezeichnet. Der Bezirk Halle (Saale) hielt in der ersten Märzhälfte 83 gut gelungene Versammlungen ab.

Die Sozialdemokraten in Groß-Thüringen veranstalteten am 14. und 15. März 37 Versammlungen, die alle überaus wirkungsvoll verlaufen sind und sich eines glänzenden Besuchs erfreuten. Ebenso werden aus dem Bezirk Bielefeld 77 Versammlungen und Vorträge in 65 Orten gemeldet, denen insgesamt rund 9000 Teilnehmer bewohnten.

Hannover zeigt mit unveränderter Energie die überaus regen Versammlungstätigkeit fort. 98 durchaus gut besuchte Versammlungen sind das Ergebnis der Berichtswoche! Die unermüdliche Auflärungsarbeit der Sozialdemokratie wirkt sich in zahlreichen Beiträgen zur Sozialdemokratie aus. Auch im Bezirk Magdeburg-Anhalt herrscht äußerste Aktivität. 45 Versammlungen mit rund 9000 Besuchern ist dafür Aktivität. Ein Parteidreund in Köthen hat an einem einzigen Tage 25 Mitglieder gewonnen. Der Bezirk Brandenburg meldet 45 außerordentlich gut besuchte Versammlungen, darunter einige Frauenversammlungen. In sämtlichen Versammlungen herrsche ausgezeichnete Stimmung.

Hessen-Nassau meldet 81 öffentliche Versammlungen in Döbeln, 5 große Kundgebungen in Frankfurt, Wiesbaden und Oberursel i. L. und 9 Filmvorführungen. In Oberursel wurde die Nazierversammlung durch eine sozialistische Kundgebung und einen spontanen Umzug durch die Stadt ganz in den Hintergrund gebracht. In 7 Nazi-Versammlungen sind sozialdemokratische Redner erfolgreich aufgetreten. Der Bezirk Hessen-Kassel hält 87 Kundgebungen verschiedenster Art mit 11 000 Personen ab. In einem Ort wurde mit 18 Mitgliedern eine Gruppe neu gegründet. Der Bezirk Hessen-Darmstadt veranstaltete 21 Versammlungen mit rund 3500 Teilnehmern.

Im Bezirk Niedersachsen finden bisher 65 Versammlungen und Kundgebungen statt. Einzelne Veranstaltungen weisen eine Teilnehmerzahl von acht, zehn, und vierzehntausend Menschen auf. Insgesamt nahmen an den Veranstaltungen rund 100 000 Personen teil. Alle Störungsversuche der Nazis wurden glatt abgewiesen. Auch im Bezirk Obere Rheinprovinz sind 14 sehr gut besuchte Versammlungen abgehalten worden. Durchweg guten Besuch weisen auch die 51 Versammlungen im Bezirk Baden auf, wo die Angreifstrafe der Nazis unter dem Anhören der Arbeiterschaft im Zusammenbruch steht. Westfalen meldet im Laufe des Februar 138 öffentliche Kundgebungen. An der größten Kundgebung in Dortmund haben 30 000 Personen teilgenommen. Auch die zahlreichen Erwerbslosen-Versammlungen wiesen sehr guten Besuch auf. In der ersten Märzhälfte wurde die rege Versammlungstätigkeit fortgesetzt.

Oberbayern meldet aus den letzten 3 Wochen 181 zahlreich besuchte öffentliche Versammlungen. Erfreulich wird die Kunde von dem wachsenden Interesse der Frauen für Politik. Trotz der großen Arbeitsnot sind über 100 Neuaufnahmen erzielt worden. Der Bezirk Oberhessen-Niedersachsen berichtet in der zweiten Märzwoche von 14 äußerst gut besuchten Versammlungen.

In allen Bezirken sieht die Sozialdemokratie vor! Nun weiter! Nicht nachlassen, nicht ruhen, bis der volksfeindliche Faschismus verschwunden ist. Vorwärts, die Lawine rollt!

Der Disziplinbruch

Das Echo in der Parteipresse

Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei den Abstimmungen zum Panzerkreuzer haben in der Parteipresse zunächst nur ein schwaches Echo erzeugt. Sie wurde am Sonnabend durch den Tod Hermann Müllers befehlst. In der Hauptstadt haben nur die sächsischen Parteizentralen zu dem Vorgang Stellung genommen. Außerhalb Sachsen wurde hier und da ein Aufsatz nachgedruckt, den der Genosse Rosenthal durch die Wurm-Korrespondenz verbreiten ließ. In der Breslauer „Volkswacht“ legte der Genosse Ziegler seine Auffassungen dar. Besonders beachtenswert ist ein Aufsatz, den Wilhelm Sollmann in der Rheinischen Zeitung veröffentlicht hat. Er verweist auf die soviel gehönte Fraktion „Hampe halb und halb“ und drückt das Schreiben nach, das am 17. März an die Reichstagsabgeordneten des Chemnitzer Bezirks gerichtet worden ist. Da dieses Schreiben in den kommenden Auseinandersetzungen eine nicht unwichtige Rolle spielen wird, geben wir es nachstehend im Wortlaut wieder:

Bezirksleitung Chemnitz, Erzgebirge, der SPD.

Chemnitz, den 17. März 1931.

An die Reichstagsabgeordneten des Bezirks Chemnitz.

Werte Genossen!

Der Bezirksvorstand nahm am Sonnabend Stellung zur Panzerkreuzerfrage und sah gegen eine Stimme folgenden Beschluß:

Der Bezirksvorstand protestiert gegen die Absicht der Reichstagsfraktion, durch Stimmenthaltung dem Panzerkreuzer zur Annahme zu verhelfen. Er empfiehlt den Reichstagsabgeordneten des Bezirks, im Reichstag gegen den Panzerkreuzer zu stimmen.

Bei der Diskussion wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß eine Abstimmung der Gegner des Panzerkreuzers gegen die Fraktion mehrheitlich die Gefahr der Spaltung heraufbeschwören könnte. Deshalb wurde der Beschluß wie folgt deklariert:

Sollte der Bezirksvorstand vor der Abstimmung im Plenum kipp und klar mit dem Austritt aus der Partei drohen, ohne eine Entscheidung des Reichstagsparteitages abzuwarten, dann möchten unsre Abgeordneten nach ihrem eigenen Gewissen entscheiden und die Form des Protestes wählen, die ihnen am wirksamsten erscheint. Der Bezirksvorstand hält sich nicht für besiegelt, ohne die Entscheidung des Bezirksparteitags, der unmittelbar bevorsteht, den Abgeordneten in dieser überaus schweren Frage einen Zwang aufzuerlegen.

Mit Parteidruck

geg. R. Böchel.

J. A.: des Bezirksvorstandes.

N.B. Ein Genosse stimmte dagegen, weil durch die Declaration der sachlichen Inhalt des Beschlusses abgeschwächt wurde.

Die größte Begeisterung hat der Schrift der Neun in den Spalten der Plauener „Volkszeitung“ hervorgerufen. Besonderswert sind folgende Ausführungen über das Problem der Disziplin, die in diesem Blatt zu finden sind:

„Schon wird nach dem Scherbengericht gerufen, nach der Urteilung“ der Neun durch den Parteitag. Statt politischer Argu-

mente beginnt das Geschrei vom „Disziplinbruch“. Als ob eine Klassenpartei mit einer von Heldwein kommandierten Kompanie verglichen werden könnte! Disziplin tut not — aber sie hat ihre Grenze da, wo Zehntausende wertvollster Kämpfer durch sie ins politische Nichts hinabgestoßen würden. Die Disziplin, die die wichtigste ist, die Disziplin, die über allem steht, das ist die Disziplin, die der Reichstagsabgeordnete den Funktionären schuldet, die ihm ihre Vertrauen schenken; den Wähler, die ihm ihre Interessen anvertrauen. Wer diese Disziplin nicht zu achten verstand, mit dem wird zu sprechen sein. Wer jene Kafnerhof-Disziplin von den Abgeordneten fordert, von der oben die Rede war, der ist in Wahrheit ein Schädiger der Partei. Denn er verleiht die feinsten, und lebenswichtigen Beziehungen, die es in einer demokratischen Klassenpartei überhaupt geben kann, die Beziehungen vom Funktionären, vom Mann des Volkes zu denen, die von ihm den Auftrag haben, seinen politischen Willen und seine Interessen wahrzunehmen.“

Auch im „Sächsischen Volksblatt“ beherrscht Hermann Müller die erste Seite. Später folgt ein Aufsatz des Genossen Seydelius unter dem Titel: „Warum ich gegen den Panzerkreuzer stimme“, in dem er seine Haltung wie folgt zu begründen sucht:

„Die Entscheidung der Fraktionsmehrheit, die in der Fraktion leider unseres Antrags bei dieser gewichtigen und schwerwiegenden Frage Abstimmungsfreiheit zu gewähren, abgelehnt hat, hat die Abgeordneten, die gegen die Panzerkreuzerbilligung sind und deren Wähler die Ablehnung des Panzerkreuzers fordern, in einen schweren Gewissenskonflikt gebracht. In diesem Gewissenskonflikt zwischen dem Verlangen, die formale Fraktionsdisziplin einzuhalten, oder das Abwenden und Enttäuschen von Tausenden und aber Tausenden Parteifunktionären und Parteigenossen zu verhindern, haben wir uns entschieden die Erhaltung aller durch die Entwicklung der letzten Wochen Enttäuschten bei der Partei, für die Geschlossenheit und die Einheit der sozialdemokratischen Arbeitersbewegung, die um der kommenden Kämpfe willen notwendig ist, die um der kommenden Kämpfe willen nicht durch das Davonlaufen enttäuschter Kämpferinnen geschwächt werden darf, sondern mehr denn je gestärkt werden muß. Worte allein haben in dieser kritischen Situation nicht mehr genügt, die Zeiten sind so ernst, daß wirklich die Formalitäten zurücktreten müssen hinter die größere Pflicht, die innere Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung zu erhalten und zu stärken.“

In der Dresdner „Volkszeitung“ nahm der Genosse Arzt zu den Abstimmungen das Wort. Er verweist auf die Kämpfe, die vor der Abstimmung in der Fraktion ausgefochten worden sind, und schreibt:

„In der Fraktion hatte man dafür plädiert, die Abstimmung freizugeben. Das war ausdrücklich abgelehnt worden. So erhöht die Abstimmung dieser neun eine erhöhte Bedeutung. Der Chemnitzer Bezirk hat seinen Abgeordneten dieser Art der Abstimmung nahegelegt, ganz im Unterschied zu dem ostfälischen Bezirksparteitag, der ja spontan ein Stimmen gegen die Fraktion auf meine Frage ausdrücklich ablehnte. Nach meiner Meinung ist diese einstimmige Willensfestigung aus der sächsischen Erfahrung erfolgt. Denn die Disziplinärche der 28 sind uns neuer zu stehen gekommen. Der Parteitag wird sich nun mit den neun beschäftigen. Das Bedauerliche ist, daß dann die ganze Frage aus dem Gebiete der Politik abgehoben wird in das Gebiet der Organisation, der Partei. Das ist kein guter Dienst, der uns von den Genossen erwartet werden kann. Wenn auch nicht im entferntesten der Gedanke der Parteipaltung auftaucht, wenn auch die Gründe der Genossen voll gewürdiggt werden müssen, so muß ihre Handlungswille selbst auf entschiedenste missbilligt werden. Das Betrübliche ist, daß Abgeordnete aus Sachsen mit dabei waren. Die Geschichte muß doch ein schlechter Lehrmeister sein.“

Der Genosse Karl Böchel, der Verfasser des oben wiedergegebenen Briefes, nimmt in der Chemnitzer „Volksstimme“ in kurzen Darlegungen das Wort. Er versichert, daß an Spaltung nicht zu denken sei. Ähnliche Versicherungen geben auch die Dreifundzwanzig im Jahre 1924.

Deutsch-polnischer Streitfall. Der Präsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes hat eine außerordentliche Sitzung des Gerichtshofes anberaumt, die am 14. April beginnen wird. In dieser Sitzung wird sich der Gerichtshof mit dem deutsch-polnischen Streitfall wegen der deutschen Minderheitsschulen in Polisch-Oberschlesien befassen.

Die ganze Internationale trauert Banderveldes Nachruf für Hermann Müller

SPD Brüssel, 21. März.

Der Führer der belgischen Sozialisten und Vorsitzende des Exekutivkomitees der Arbeiterinternationale, Banderveldes, schreibt zu dem Tode Hermann Müllers im "Peuple":

"Hermann Müller hat bis zum Ende jenes schmerzlichen Schicksals gehabt, der Mann der schlechten Stunden, der Trauerstage und der schweren Verantwortung zu sein. Ich begegne ihm wieder nach dem Kriege in Versailles. Es war einem sozialistischen Außenminister des neuen Deutschland vorbehalten, die tragische Verantwortung zu tragen, die Buße für die Fehler und Verbrechen des kaiserlichen Deutschland zu zahlen und unter dem Gelehrten des Schwertes die furchtbare Rechnung zu quittieren, die die Sieger ihm vorsehen. Ich sehe ihn noch heute und werde ihn mein ganzes Leben lang sehen in seinem schwarzen Anzug, das Gesicht bleich von Leid und auch von den Entbehrungen der Kriegszeit, seine hohe Gestalt gebückt unter der erdrückenden Last. Andere hatten sich gebückt, er aber brachte den schwachen Mut auf, den Mut, um Schlimmeres zu verhindern, den verhängnisvollen Vertrag zu unterschreiben, der wenigstens dem allgemeinen Menschenmorden ein Ziel setzte."

"Dieser Austausch von Unterschriften — welche Erinnerung und welches Symbol der furchtbaren Probleme, die diese schreckliche Katastrophe in unfaßbaren Angsten dem Gewissen der Menschheit vorgelegt hat. Begreift man nun, daß der Tod Hermann Müllers für mich mehr sein muß als der bloße Verlust eines Freunden und Kampfgenossen? Wir haben uns wieder gefunden, wir haben in Frankfurt, Hamburg, Paris wieder Hände geküßt, die nie wieder reichen könnten. Was auch die Zukunft bringen möge, wir hatten uns alle wieder vereint, um die Internationale wieder aufzubauen, eine stärkere Internationale, besser gerüstet, um jeder Prüfung zu widerstehen, unbewußt entstanden, die proletarische Solidarität für die Sicherung des Weltfriedens durch den demokratischen Sozialismus über alles andere zu setzen. Wir sind in guten wie in schlechten Tagen mit ganzem Herzen mit der deutschen Sozialdemokratie gewesen. In ihrem schweren Kampf gegen die schlimmste nationalistische Demagogie. Nun hat ihr das Schicksal einen ihrer besten, einen unserer besten genommen."

"Die ganze Internationale trauert um Hermann Müller."

Polizei gegen Stahlhelm

Zusammenstöße bei der Berliner Stahlhelmtagung

III Berlin, 22. März.

Unsäglich des Aufmarsches des Berliner Stahlhelms im Lustgarten ist es vielfach zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilnehmern der Kundgebung gekommen. Die Polizei ging vor und während der Versammlung und später auch beim Abmarsch der Tausende von Zuschauern rücksichtslos mit dem Gummiknüppel vor, wobei zahlreiche Personen, darunter auch völlig Unbeteiligte, Verletzungen davontrugen und Hunderte von Zwangsgestellungen vorgenommen wurden.

Die Zwischenfälle lehnen sich später auch in den dem Lustgarten benachbarten Straßen fort. Hinter dem Zeughaus, in der Dorotheenstraße, Unter den Linden, in der Friedrich- und Leipziger Straße sah man Tausende von Menschen in eiliger Flucht vor der Polizei. Die Menschenmassen suchten teilweise in den Haussiegeln und in den Untergrundbahnhöfen Zuflucht, so, daß die großen Warenhäuser und andere Geschäfte die Rolläden herabließen, um zu verhindern, daß bei den Tumulten die Fensterscheiben eingeschlagen werden. Da es immer wieder zu neuen Anspannungen kam, wurde die Leipziger Straße vom Potsdamer Platz und von der Friedrichstraße her durch die Polizei geräumt. Die Beamten gaben mitunter auch Schreckschüsse ab, wodurch die allgemeine Verwirrung noch erhöht wurde.

Nach polizeilichen Mitteilungen sind insgesamt 78 Personen, die bei den Zusammenstößen anständig der Stahlhelmtagung zwangsgestellt wurden, der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeteilt worden.

Prinz Aluwi als Goebbels-Ersatz

In Königsberg hatten die Nazis eine große Versammlung mit Goebbels als Referenten angekündigt. Das Polizeipräsidium erklärte dazu: "Die von der NSDAP im Hause der Technik angekündigte Versammlung, in der Dr. Goebbels als Redner auftreten soll, wird als eine unfreibleiche angelegte und deshalb politisch verhindert werden." Nachdem sie die Nationalsozialisten verpflichtet hatten, Goebbels nicht in das Haus der Technik hineinzulassen, hat die Polizei das Verbot der Versammlung aufgehoben. Neben einem offensichtlichen nationalsozialistischen Führer hat in der Versammlung auch der Nazi-Prinz August Wilhelm gesprochen.

Nach der Versammlung hatten sich 800 Nationalsozialisten zur Abfahrt des Prinzen und Dr. Goebbels auf dem Königsberger Hauptbahnhof eingefunden. Die Menschenmenge stand so dicht am Rande des Bahnsteiges, daß ein Unglück durch einfahrende Züge befürchtet werden mußte, weshalb auf Ersuchen der Bahnpolizei der Bahnsteig geräumt werden mußte. Hierbei wurde der Schutzpolizei erheblicher Widerstand entgegengesetzt, der mit Hilfe des Gummiknüppels gebrochen wurde. Drei Beamte wurden dabei mißhandelt, zwei Beamten wurde das Spt. tatenwehr entzissen, das sie jedoch wiederlangten.

Nach der Darstellung des Königsberger Razziblattes sollen bei der Räumung des Bahnsteiges auch Prinz Aluwi und Dr. Goebbels einige Siebe mit dem Gummiknüppel erhalten haben.

Kommunistenverhaftungen in Erfurt

Auf Veranlassung des Oberrechtsanwalts wurden am Freitag in Erfurt neun Funktionäre der Kommunistischen Partei unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet. Die Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit einem größeren Waffenfund, der kürzlich in Erfurt auf einem Raubengrundstück gemacht wurde. Die Verhafteten wurden unter starker Bedeutung in Automobilen in das Untersuchungsgefängnis beim Landgericht in Weimar eingeliefert und hier sofort vom Oberrechtsanwalt vernommen.

Das Mitglied der englischen Arbeiterpartei James Stewart, der einen Glasgower Wahlbezirk im Unterhaus vertritt, ist in der vergangenen Nacht gestorben. Insgesamt stehen nun sieben Nachwahlen zum Unterhaus aus. Stewart hatte im ersten Kabinett Macdonalds den Posten eines Unterstaatssekretärs des Gesundheitswesens für Schottland inne.

Steuer-„Kunststücke“ der Kommunisten

Die 2. Lesung des Reichstagsabgeschlossen

Berlin, 21. März.

Nach der Unterbrechung, die der Trauerfeier des Reichstags für Hermann Müller gefolgt war, wurde die Beratung des Haushaltssatzungsausschusses fortgeführt.

Abg. Dr. Herz (Soz.)

Wenn der Minister gesagt hat, nur einzelne Beamte ließen sich halbkreisförmige Auskretungen zuschulden kommen, so muß er unter Hinweis auf schwerwiegende Veröffentlichungen im "Berliner Tageblatt" vor solcher Duldsamkeit gewarnt werden. Da berichtete ein höherer Finanzbeamter sogar von Halbkreiszügen in leitenden Stellen, die nach ihren eigenen Neuerungen die Steuerintelligenz verschleppten, um die Republik, die sie befriedet, möglichst schnell zum Erliegen zu bringen und ein Chaos zu schaffen, aus dem das Dritte Reich entstehen soll. (Hört! Hört!) Ich kenne zahlreiche Fälle, in denen gegen linksstehende Beamte viel schärfer vorgegangen worden ist, so z. B. ist

ein Zollbeamter wegen seiner Tätigkeit als Führer einer sozialdemokratischen oder republikanischen Schulformation vom Finanzamt verwant worden; an leitender Stelle dieses Finanz-

amtes steht ein Halbkreuzler. (Hört! Hört!)

Die Reichsfinanzpolitik hat in den Jahren 1924 bis 1928, als

wir keinen unmittelbaren Einfluß auf die Reichspolitik hatten, die schweren Fehler begangen, in diesen wirtschaftlich günstigen Jahren

nicht Reserven für Zeiten der Not aufzusammeln. Man hat Schulden

als wir im Dezember v. J. für diesen Antrag gestimmt haben, geschah das nicht aus Rücksicht auf die NS, sondern weil von den vier Teilen des KVD-Antrages zwei Teile mit unseren eigenen Anträgen wörtlich oder dem Sinne nach vollkommen übereinstimmen; da aber über den ganzen Antrag gemeinsam abgestimmt wurde, haben wir ihn angenommen. Die Kommunisten aber haben ihren Antrag fünfmal geändert, bis er die heutige Formulierung bekam. Zuerst wollten sie alle physischen und juristischen Persönlichkeiten heranziehen. Nach unserem Kritik haben sie die juristischen Persönlichkeiten gestrichen. Als wir ihnen nachwiesen, daß demgemäß der Einzelunternehmer schlechter gestellt würde, als die großen Konzerne, und daß die Gefahr besteht, daß Einzelunternehmen sich in juristische Persönlichkeiten umwandeln, haben die Kommunisten wieder die Besteuerung der juristischen und der physischen Personen vorgeschlagen. (Zuruf von den Soz.: Raus aus die Kartoffeln, rin in die Kartoffeln.) — Heiterkeit.) Ferner beantragten die Kommunisten, alle steuerlichen Vorzüglichkeiten aufzuheben.

Danach wären die Versorgungsinstitute, Sparkassen, gemeinnützige Wohlfahrtseinrichtungen, Gewerkschaften, politischen Parteien, Konsumgenossenschaften usw. mit einer Steuer belegt worden, die ihnen losgelöste unmittelbaren Ruin zur Folge gehabt hätten.

Darauf kam die fünfte Veränderung. Jetzt verzichten die Kommunisten auf die Dividendensteuer, die das ganze Volk für berechtigt hält, und für die nicht nur wir, sondern auch ein Teil der Mittelparteien stimmen werden. (Die Kommunisten widersprechen und behaupten, dieser Verzicht sei nur in ihrem Eventualantrag enthalten, der im Falle der Ablehnung ihres Hauptantrages zur Abstimmung gelange.) Wie würden die Kommunisten von einem Besitz an Landgebieten oder Grundstücken 20 Prozent Steuer erheben? 1927 waren sie noch so bestimmt, daß sie die Vermögenssteuer bei mehr als 500 000 Mark nur von 2½ auf 2¾ Prozent, und bei über 2 Millionen auf 8½ Prozent erhöhen wollten. 8½ Prozent sollten das Höchstmaz in der wirtschaftlich günstigeren Situation von 1927 sein. Heute beantragen sie eine Verabschaffung der Vermögenssteuer.

Wenn jemand 1 Million Vermögen und daraus 200 000 Mark Einkommen hat, so möchte er nach dem kommunistischen Gesamtantrag 352 000 Mark Steuer zahlen! (Heiterkeit.) — Zuruf der Kommunisten: Konsolidation des Eigentums! Ach nein, bloß Unsinn.

Nicht einmal auf das Vorbild Russlands kann sich der kommunistische Antrag berufen. In Russland gibt es keine Vermögenssteuer, aber die Steuer auf Privateinkommen geht doch nur bis 45 Prozent. Selbst dieses kollektivistische Wirtschaftssystem läßt dem Betreibenden also noch 55 Prozent seines Einkommens, während nach dem kommunistischen Antrag noch 75 Prozent mehr als das ganze Einkommen zu zahlen wären! Die Umsatzsteuer, deren Abschaffung die Kommunisten beantragen, ist in Russland von 1055 Millionen im Jahre 1928 auf 1824 Millionen im Jahre 1929, die Verbrauchssteuern von 1800 auf 2200 Millionen Rubel, die Zolltritte von 288 auf 372 Millionen. (Zuruf der Komm.: Welchen der wirtschaftlichen Ausschwunges!) Der wird allein nicht maßgebend sein, aber bitte erkennen Sie diese steuerlichen Notwendigkeiten auch anderswo an.

Der Redner bespricht nun die bekannten sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung des Notopfers zur Einkommensteuer über 20 000 Mark und der Lantientensteuer.

Wie beharren auf diesen Anträgen und erwarten, daß Ihnen der Reichsrat keinen Widerstand leistet, denn Sie sind im Interesse der Sanierung unabdingbar erforderlich. Den sozialen Charakter unserer Anträge hat auch der christlich-fidele Redner anerkannt. Gewiß drückt "Steuerhysteres" aber in erster Linie auf die minderbemittelten und notleidenden Volkschichten. Sie tragen freilich die Last deshalb, während die Reichen unausgeführt darüber jammern. Mit der Zustimmung zu unseren Anträgen verlegt die Regierung ihre Richtlinien nicht; das hat sie allerdings mit der Notverordnung über die Verdopplung der Biersteuer und die Erhöhung der Tabaksteuer getan.

Ein objektiver Vergleich zeigt, daß die Massenbelastung gegen das gute Jahr 1928 um rund 1 Milliarde höher ist, während die Befristeten zurückgegangen sind.

Unsere Vorschläge bedeuten nicht die Gefahr einer Förderung der Kapitalabwanderung. Praktisch fordern wir eine Mehrbelastung der Einkommen über 20 000 Mark mit 185 Mark im Jahre, bei 20 000 Mark von 285 und bei 100 000 Mark von 1500 Mark im Jahre. Wer kann das als unerträglich bezeichnen in einer Zeit, wo Millionen Menschen von der sarglosen Unterstützung leben müssen. Die arbeitenden Volkschichten zahlen, absolut genommen, ebensoviel Steuern, als diese Mehrbelastung der Reichen ausmacht. Bei Arbeitern mit 200 Mark Monatsentlohnung ist die Bürgersteuer um volle 75 Prozent erhöht worden. Dazu kommt die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, der Arbeitslosenversicherungsbeiträge usw. Durch die Annahme unserer Anträge schaffen Sie nur einen geringen Ausgleich für die gewaltigen Ungerechtigkeiten der Bürgersteuer. Unsere Anträge nicht das Vertrauen in den Staat, sondern sind geeignet, es zu festigen. Denn eine gerechte Verteilung der Steuerlasten kann den Staat nur stärken.

Dieselben Gründe gegen die Erhöhung der Aussichtssteuer wie jetzt sind schon vorgebracht worden, als sie von 2½ auf 10 Prozent erhöht wurde. Wir fordern diese Maßnahmen nicht aus Antipathie gegen bestimmte Berufe oder Personen, sondern nur zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten im deutschen Steuersystem. Deshalb fordern wir Sie auf, sich uns anzuschließen. Wir haben diese Anträge nicht in Verbindung mit dem Panzerkreuzer gestellt, sondern schon am 5. Dezember vorigen Jahres. Es handelt sich nicht um eine politische Konzession; sondern um soziale Notwendigkeiten, die erfüllt werden müssen, wenn das Vertrauen des Volkes zum Parlament nicht leiden soll; des Volkes, das in dieser Notzeit alle seine Kräfte anspannt. Das Parlament muß das Seine tun, um die notleidenden Schichten über die Schwierigkeiten der Gegenwart hinwegzubringen. (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) wiederholt die Polemik gegen die Sozialdemokratie wegen des Millionärsteuerantrages.

Abg. Weissen (Wirtschaft) spricht gegen die Hauszinssteuer.

Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) begründet eine Interpellation gegen die Steuerbegünstigung, die in der Notverordnung den Wohnungsbauunternehmen gewährt wird. Die Steigerung der Mieten durch manche gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen verdirbt die schärfste Verurteilung.

Damit schließt die Aussprache und die gesamte Haushaltseratung. — Nach 15 Uhr vertagt das Haus die weiteren Abstimmungen auf Montag, 16 Uhr; außerdem dritte Veratung des Haushaltssatzungsausschusses.

Berantwortlich für den revolutionären Teil: Kurt Götz in Leipzig.
Druck und Verlag: Leipzig: Buchdruckerei Allgemeine Presse.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Wo bleibt der 2. Mann?

An alle Mitglieder der Sozialdemokratie



Bedenke stets:
„Die Partei braucht
wahrhaft überzeugte,
opferbereite neue
Mitglieder, keine, die
vom Mitgliedsbuch
irgendwelche Vorteile
erhoffen.“

Wo bleibt der 2. Mann?

gemacht, die ordentlichen Ausgaben konnten nicht mehr durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt werden, die Überschüsse früherer Jahre wurden vollständig ausgegeht, einmalige Einnahmen zur Deckung laufender Ausgaben verwendet, Ausleihermächtigungen alsbare Einnahmen gebucht usw. Das sind die Ursachen dafür, daß wir in den schweren Krisennot keine Reserven aus den besten Jahren haben. Der künftigen Entwicklung sehen wir mit schwerer Sorge entgegen. Das Reich wird vielleicht seine Finanzen sanieren können, aber auf Kosten der Gemeinden, der schwächeren Träger in unserem Finanzsektor. Die Gemeinden haben keine volle Bewegungsfreiheit bezüglich ihrer Einnahmen, in ihren Ausgaben sind sie durch die Wirtschaftskrise und durch die ungeheure Zahl der Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenfassung der Krisensfürsorge und der städtischen Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenfassung der Krisensfürsorge und der städtischen Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenfassung der Krisensfürsorge und der städtischen Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenfassung der Krisensfürsorge und der städtischen Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenfassung der Krisensfürsorge und der städtischen Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenfassung der Krisensfürsorge und der städtischen Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenfassung der Krisensfürsorge und der städtischen Wohlfahrtsverbilos in eine Zwangssituation gebracht, die sie kaum bewältigen können. (Sehr wahr!) Die Zahl der Wohlfahrtsverbilos ist vom 30. August 1930 bis 31. Januar 1931 von 603 000 auf 653 000 gestiegen (Hört! Hört!), die Zahl der Ausgesteuerten von 389 000 auf 669 000. Das bedeutet einen Mehraufwand von 200 Millionen, wofür aber Einnahmen nicht beschafft werden können. Das Reich muß den Gemeinden helfen. (Lebhaft. Zustimmung.) In einem unserer Anträge zeigen wir den allein erfolgversprechenden Weg einer organisatorischen Zusammenf

Eine ganz grosse

Osterübertreibung



Texte zu unseren Abbildungen

Jumperschürze aus hübsch gemustertem Trachtenstoff 45,-

Jumperschürze aus gutem Siamosen, moderne Römerstreifen 75,-

Jumperschürze aus uni und gemustertem Trachtenstoff 100,-

Jumperschürze aus buntgemustertem Trachtenstoff 125,-

Jumperschürze aus kräftigem Siamosen, Römerstreifen, extra weit 145,-

Wickelschürze ohne Arm, einfarbiger Zephir mit buntem Besatz 145,-

Kittel für Haus- und Beruf, aus gutem uni Zephir 175,-

Jumperschürze aus uni und gemustertem Trachtenstoff, vollweit 165,-



SCHÜTZEN- u. BERUFSKITTEL



Kittel für Haus- und Beruf, aus Zephir mit buntem Kragen 1.95,-

Jumperschürze aus Trachtenstoff, gute gediegene Verarbeitung 1.95,-

Jumperschürze aus uni und gemustertem Trachtenstoff, viele Muster 2.45,-

Jumperschürze aus kräftigem Siamosen, verschied. Muster, vollweit 1.95,-

Kittel für Haus- und Beruf, aus uni Zephir, mit uni und buntem Besatz 2.45,-

Kittel für Haus- und Beruf, Wickelform, aus blau Trachtenstoff, mit Besatz 2.75,-

Jumperschürze aus kräftigem Siamosen, viele Muster, extra weit 2.75,-

Kittel für Haus- und Beruf, Wickelform, kräftiger Siamosen, mit Besatz 3.50,-



eine HÖCHSTLEISTUNG



Knabenschürze kräftiger Siamosen, mit 30,-

Mädchenischürze uni blau und bunter Trachtenstoff, Größe 40-50 75,-

Texte ohne Abbildungen

Jumperschürze aus gebügelten Satin, in aperaten Mustern 45,-

Jumperschürze aus gemustertem Satin, gute Verarbeitung 100,-

Jumperschürze kräftiger Siamosen, Blenden-Garnierung, vollweit 1.65,-

Jumperschürze aus modern gemustertem Satin, vollweit 1.95,-

Hauskleider gute Kuntselde 3.25,-

Wickelschürze ohne Arm, aus kräftigem Siamosen, Römerstreifen 2.45,-



ALTBIEBER

Verkauf im „grossen Lichthof“

Der Konflikt im Baugewerbe

Skandalöser Schiedsspruch für Sachsen - Bis zu 16 Prozent Lohnabbau - Die Verhandlungen über die Neuregelung des Reichstarifvertrages

Am 21. März tagte in Dresden das Tarifamt für das sächsische Baugewerbe. Der unparteiische Vorsitzende, Dr. Wiesel, vom thüringischen Wirtschaftsministerium, stellte sich, wie nach dem unter seiner hervorragenden Mitwirkung für das Baugewerbe der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt gefallenen Spruch nicht anders zu erwarten war, vollständig auf die Seite der Unternehmer. Die Verhandlungen ließen keinen Zweifel darüber aufkommen: Dr. Wiesel erstrebt rücksichtslos einen Abbau der Bauarbeiterlöhne um 15 bis 20 Prozent. Um das ordnungsgemäße Zustandekommen eines Spruchs, der eine Reduktion der Löhne in einem solch unglaublichen Ausmaß vorsieht, zu verhindern, haben die Arbeiter nach zehntägiger Verhandlung ihren Unparteiischen sowie ihre Beisitzer aus dem Tarifamt zurücksgezogen. Trotzdem hat der Vorsitzende mit dem Unparteiischen der Unternehmer und den Unternehmern einen Spruch gefällt. Er bringt einen Lohnabbau von 14 bis 16 Prozent. Der Bauarbeiterlohn soll betragen:

Vonklasse	I	II	III	IVa	IVb
Bisher	129	137	134	122	125
ab 1. 4.	119	117	114	102	105
	99	95	93	88	93

Die übrigen Anträge der Unternehmer auf Veränderung der Ortsklassen sind zurückgewiesen worden.

Zu bemerken ist, daß auch nach den Verhandlungen vom Sonnabend für den Freistaat Sachsen kein Schiedsspruch ent-

sprechend der zentralen Vereinbarung vorliegt. Das zentrale Schiedsgericht wird sich nun mit dem Lohnstreit weiter beschäftigen.

*

SPD Die zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe haben bis jetzt zu einer grundsätzlichen Einigung über die Neuregelung des Reichstarifvertrages geführt. Es gelang, in den strittigen Fragen eine leidliche Verständigung zu erzielen. Einige Verschlechterungen haben die Arbeitnehmervertreter in Kauf nehmen müssen, im ganzen jedoch ist der neue Vertrag im Reichsmarktausblick immer noch ein gutes Instrument zur Vertretung der Belange der Bauarbeiterchaft. Der Inhalt des neuen Tarifvertrages wird in den Hauptzügen nach Abschluß der redaktionellen Arbeit erfolgen. Er soll am 1. April in Kraft treten und voraussichtlich zwei Jahre Gültigkeit haben. Die Organisationen der Bauarbeiter werden voraussichtlich in der Woche vor Ostern zu dem neuen Reichstarif Stellung nehmen.

In der Lohnfrage sind bis jetzt fast alle Abbauschiedssprüche, die sich im großen und ganzen zwischen 7 und 15 Prozent bewegen, mit den Stimmen der Unternehmer gefällt worden. Die Zentralschiedsstelle, die über die strittigen Schiedssprüche entschieden hat, wird am 24. März zusammentreten. Sie besteht aus drei vom Reichsarbeitsministerium zu ernennenden Unparteiischen und aus je vier Beisitzern der beiden Parteien. Die neuen Löhne sollen bis zum 2. März 1932 Gültigkeit haben.

Die AGO bei Stöhr & Co. geschlagen
Die freien Gewerkschaften gewinnen 2 Betriebsratsstühle
Die Kommunisten haben sich die erdenklichste Mühe gegeben, sind vor den größten Gemeinden nicht zurückgeschlagen, um im Betriebsrat der Firma Stöhr die Mehrheit zu erobern. Trotz allen Terrors, trotz der Beschimpfung und Bedrohung der Mitglieder des Textilarbeiter-Berbandes, hat die AGO, aber bei der Betriebsratswahl eine empfindliche Niederlage erlitten. Für die freigewerkschaftliche Liste wurden 1232 und für die AGO 517 Stimmen abgegeben. Im Betriebsrat erhalten die freien Gewerkschaften 8 (im Vorjahr 6) und die AGO 3 (im Vorjahr 5) Vertreter.

Um Sonnabend prahlte die SUZ noch: „In fast allen Leipziger Tiefbaubetrieben liegen die roten Listen.“ Wir sind gespannt, was sie zu dem Wahlergebnis bei Stöhr sagen wird. Im Übrigen sei entgegen der falschen Behauptung des kommunistischen Blattes festgestellt, daß, ausgenommen in drei Betrieben, den Kommunisten auch in der Leipziger Tiefindustrie in sämtlichen Werken bei den Betriebsratswahlen eine glänzende Abschlußrate erzielt geworden ist.

lohnung festgelegt. Sie wollten aber keine Verminderung des Lehrlingslohnes durch ein Lehrgeld. Eltern, wenn ihr euer Sohn in das Baugewerbe bringt, verzweigt die Unterschrift unter Lehrverträge, die die Erhebung von Lehrgeld in irgend einer Form vorsehen! Erkundigt euch vor dem Abschluß des Lehrvertrages bei der Ortsverwaltung der Gewerkschaft nach den Lehrverhältnissen! Vaht euch dort beraten!

Deutscher Baugewerksbund, Leipzig, Zeitzer Straße.

Dividendenentlastung bei Majore

Die Chromo- und Kunstdruckfabrik vorm. Gustav Majore A. G. in Leipzig-Plagwitz behauptet in ihrem Geschäftsbuch für das Jahr 1930, es hätten sich infolge von Preisrückgängen für die Rohmaterialien auch bei den Erzeugnissen Preissenkungen ergeben, die ihr Verluste gebracht haben. Die Firma arbeitet hauptsächlich für den Export, und es ist in der Tat wahrscheinlich, daß sie gezwungen war, ihre Verkaufspreise den gesunkenen Weltmarktpreisen anzupassen. Man kann auch annehmen, daß sie, als der internationale Preisfall bereits eingetreten war, noch teure Rohstoffe auf Lager hatte, also ihre Rohstoffkosten nicht im gleichen Maße herabsetzen können, wie die Verkaufspreise gesunken waren. Immerhin hat die Firma aus den Gewinnen der vorhergegangenen guten Jahre so große Reserven aufgespeichert, daß es ihr jetzt nicht schwer fallen kann, die Folgen einer etwas ungünstigeren Konjunktur zu tragen. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren kolossale Abschreibungen gemacht. Im Jahre 1929 sind rund 250 000 Mark, im Jahre vorher rund 180 000 Mark abgeschrieben worden. Im letzten Geschäftsjahr betrug der Wert der Neuankäufe rund 27 000 Mark, die Abschreibungen 110 000 Mark. Es ist also viermal mehr ab-

geschrieben worden, als der Wert der Neuankäufe ausmacht. Trotz der Wertvermehrung der Anlagen durch Neuanschaffungen um 27 000 Mark ist der Bilanzwert der Anlagen um fast 130 000 Mark kleiner als im Vorjahr. Im Laufe der letzten drei Jahre sind insgesamt rund 900 000 Mark abgeschrieben worden; das ist ein Drittel des jetzigen Anlagewertes.

Über Abschreibungen können nur gemacht werden, wenn Übergewinne gemacht werden sind. Sie sind versteckte Gewinne und als solche versteckte Reserven. Trotz der behaupteten Verluste war die Firma aber in der Lage, die Bildung solcher versteckter Reserven auch im abgelaufenen Jahre fortzusetzen. Sie hat nicht nur Überabschreibungen auf die Lager vorrätte gemacht. Jedenfalls kann man das aus dem auffallend starken Rückgang des Bilanzwertes der Vorräte schließen, der von 688 000 Mark auf 562 000 Mark zurückgegangen ist. Diese großen Abschreibungen sind vorgenommen worden, ohne daß die durch Überabschreibungen der vergangenen Jahre gebildeten Reserven herangezogen zu werden brauchten.

Das ist zu berücksichtigen bei der Würdigung des Gewinnausweises, wonach der Rohgewinn von 1230 000 Mark auf 1 030 000 Mark, der Netto Gewinn von 184 500 Mark auf 120 800 Mark und die Dividende von 10 auf 8 Prozent für die Stammaktien zurückgegangen sind. Bei weniger Überabschreibungen hätte mindestens ein gleichhoher Gewinn ausgewiesen, mindestens eine gleichhohe Dividende ausgeschüttet werden können wie im Vorjahr. Wäre die Rentabilität gelungen, so hätte die Geldflüssigkeit abnehmen müssen. Tatsächlich ist sie aber gestiegen. Zwar sind die Aufstände, auf die wohl auch erhebliche Abschreibungen gemacht worden sind, von 1 301 000 Mark auf 901 000 Mark gefallen, also um 26 Prozent, aber die Schulden gleichzeitig von 1 130 000 Mark auf 808 000 Mark, also um 40 Prozent. Die Liquidität hat sich also verbessert. Wenn die Angaben des Geschäftsführers zutreffen, müßte der Erlös stärker gesunken sein als die Kosten und die Liquidität sich demnach verschlechtert haben.

Dieser Widerspruch läßt sich auf, wenn man weiß, daß die Firma für die Verluste einen Ausgleich gefunden hat, und zwar auf Kosten ihrer Belegschaft, die im Laufe des letzten Jahres von nicht ganz 400 auf etwa 270 Mann, also um mehr als 100 Mann, abgebaut worden ist. Die Firma hat also eine beträchtliche Lohnersparnis erzielt, die auch zum Teil schon in den gesunkenen Ausgaben für Reparaturen (von 121 000 Mark auf 98 000 Mark), Steuern und Abgaben (von 161 000 auf 140 000 Mark), soziale Lasten (von 70 000 auf 65 000 Mark), Umläufe (von 373 000 Mark auf 354 000 Mark) zum Ausdruck kommt. Trotzdem verlangt die Firma einen Abbau der Tariflöhne um 10 Prozent. Eine Durchleuchtung des Geschäftsabschlusses zeigt, was es in Wirklichkeit mit der Untragbarkeit der bisherigen Löhne auf sich hat.

Um Bajilles Mandat. Der württembergische Staatsgerichtshof hat die Klage der Deutschen Nationalen Volkspartei auf Ungültigkeitsklärung des Landtagsmandats des Ministers Bajille am Freitag abgewiesen. In der Begründung der Entscheidung wird gesagt, daß das württembergische Landeswahlgesetz zwar die Ungültigkeit eines Mandats in Aussicht nehme, wenn ein Abgeordneter freiwillig seinen Austritt aus der Partei erklärt. Diese Bestimmung sei aber nicht anwendbar, wenn es sich um einen gruppeneigene Ausscheiden von Abgeordneten, wie bei der Spaltung der Deutschen Nationalen Partei, handle.

Veranstaltungskalender

Dienstag, 24. März.
Ortsverein Leipzig-Ost (SPD), Arbeiterheim, 20 Uhr.
Kürzungsfeier der SPD, Volkshaus, 20 Uhr.
Verein zur Beschaffung preiswerten Wohnungs in Leipzig (Vertreter), Sanssouci, 10 Uhr.

London-Schottland-Express entgleist

6 Tote - Eine Anzahl Schwerverletzte

WTB London, 22. März.

Der Schottlandexpress entgleiste heute bei Leighton Buzzard. Es handelt sich um den berühmten "Royal Scott" der Midland and Scottish Railways. Bis jetzt steht fest, daß sechs Personen getötet worden sind. Man fürchtet aber, daß die Zahl der Opfer sich noch erhöht. Die Unglücksstelle liegt nur wenige Schritte außerhalb des Bahnhofs. Sämtliche Wagen sind entgleist. Die nach der Lokomotive folgenden Waggons sind durch die Wucht des Anpralls gegen die Lokomotive, zum Teil auch auf die umgestürzte Lokomotive hinausgetrieben worden. Der dritte und vierte Wagen haben sich in den zweiten Wagen hineingeschoben. Vant der Nähe des Bahnhofs konnte mit Hilfe der Freiwilligen Feuerwehr und der erreichbaren Kräfte sowie mit Freiwilligen aus der Bevölkerung das Hilfswerk rasch organisiert werden. Geborgene sind bereits der Lokomotivführer und der Heizer, die in den Trümmern der Lokomotive eingezwängt waren und durch austostenden Dampf furchtbar verbrennen. Sie lebten noch, als sie aufgefunden wurden. Es bestand aber keine Möglichkeit, die schwere Maschine rechtzeitig zu heben, um ihnen noch Hilfe angedeihen zu

lassen. Zur Zeit arbeitet man sieberhaft, um die unter den Wagentrümmern liegenden Personen zu befreien. Mehrere Schwerverletzte, die man nicht sofort freimachen konnte, wurde Sauerstoff verabreicht. In einzelnen Fällen schreit man an Ort und Stelle zu behutsamsten Operationen. In einem Falle wurde der Fuß einer Frau, die eingeklemmt war, amputiert. Da die Linie noch immer völlig blockiert ist, gingen heute abend vom Euston-Bahnhof in London keine Züge ab.

Zum Eisenbahnunglück in England

WTB London, 22. März.

Bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Leighton Buzzard wurden, einer heute abend ausgegebenen amtlichen Mitteilung zu folge, sechs Personen, von denen zwei noch nicht identifiziert sind, getötet und drei Passagiere schwer sowie eine Anzahl anderer leicht verletzt. Eine Untersuchung der Ursache des Unglücks ist im Gange. Der "Royal Scott" ist einer der schnellsten Züge der Welt. Vor einem Monat ergleiste er auf der Strecke von Euston-Carlisle eine Geschwindigkeit von 144 Kilometer in der Stunde.

Sie ist da!



ZIRINI
FÜNF

DIE NEUE ZIRINI 5A-ZIGARETTE

Abbau des Mieterschutzes

Neue Bestimmungen für Sachsen

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 enthält einen Abschnitt, der den Abbau und die Beendigung der Wohnungswangewirtschaft regelt. Diese Vorschriften gehen gründlich davon aus, dass der Mieterschutz in engster Anlehnung an die Wohnraumbewirtschaftung abgebaut werden soll. Es ist aber vorgesehen, dass die obersten Landesbehörden mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers ausnahmsweise den Abbau auch in anderer Weise durchführen können. Von dieser Ermächtigung ist in Sachsen Gebrauch gemacht worden, weil die wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Struktur des Freistaates Sachsen und die dadurch bedingte größere Wohnungsnot es nicht gestatten, den Mieterschutz in demselben Tempo abzubauen wie die Wohnraumbewirtschaftung. Während die letztere unbedingt ziemlich weitgehend gelockert werden kann, muss der Mieterschutz noch in größerem Umfange aufrecht erhalten werden.

Demgemäß werden in der von den beiden zuständigen Ministerien, dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und dem Justizministerium, erlassenen 2. Verordnung zur Lockerung der Wohnungswangewirtschaft, die in Nr. 8 des Sächsischen Gesetzesblattes vom 21. März 1931 veröffentlicht wird, mit Wirkung vom 1. April 1931 die

Grenzzahlen für die sogenannten teureren Wohnungen wesentlich herabgesetzt,

und zwar:

- von 2200 auf 1200 M. in Dresden und Leipzig,
- von 1800 auf 1200 M. in Chemnitz,
- von 1800 auf 900 M. in Blaues,
- von 1200 auf 900 M. in Zwickau,
- von 1200 auf 700 M. in den übrigen Orten der Ortsklasse B,
- von 800 auf 500 M. in den Orten der Ortsklasse C,
- von 600 auf 400 M. in den Orten der Ortsklasse D.

Alle Wohnungen, für die diese oder eine höhere Friedensmiete gilt, werden künftig von der Wohnraumbewirtschaftung frei.

Für die Befreiung vom Mieterschutz dagegen gelten folgende Grenzzahlen:

- 1800 M. in Leipzig, Dresden und Chemnitz,
- 1400 M. in Blaues,
- 900 M. in den Orten der Ortsklasse B,
- 600 M. in den Orten der Ortsklasse C,
- 400 M. in den Orten der Ortsklasse D.

Für Mietverträge, die über freigewordene oder freiwerdende Räume — und zwar gleichgültig, ob es sich um Wohn- oder Geschäftsräume handelt — nach dem 1. April 1931 neu abgeschlossen werden, sollen die Vorschriften des Reichsmietengesetzes und des 1. Abschnittes des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteilungssämter nicht mehr gelten, insofern die Friedensmiete für diese Räume mit den obengenannten Grenzzahlen übereinstimmt oder sie überschreitet. Für bestehende Mietverträge und

für neu abgeschlossene Mietverträge über Räume mit einer geringeren Friedensmiete verbleibt es bei den Vorschriften des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes. Wenn im Einzelfalle der Abschluss eines neuen Mietvertrages vorliegt, ist eine Prüfung der Auslegung. Jedenfalls liegt ein neuer Mietvertrag nicht vor, wenn im Falle eines Tausches die Mieter in die beiderseitigen Mietverträge eintreten.

Um alle Möglichkeiten zur Beschaffung von Wohnraum auszuschöpfen und der privaten Initiative einen Anteil zur Wohnungsvermehrung zu geben, sind die

Verschreibungen über die Teilung von Wohnungen erweitert worden. Bisher waren nur die durch Teilung einer Wohnung von fünf und mehr Wohnräumen gewonnenen neuen selbständigen Wohnungen von der Anwendung des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes befreit. Künftig soll sich diese Befreiung auch auf die selbständigen Wohnungen erstrecken, die durch Teilung einer Wohnung von weniger als fünf Wohnräumen ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln neu hergestellt werden. Die gleiche Befreiung gilt, wenn durch Zusammenlegung von Räumen, die bisher keine selbständige Wohnung bildeten, neue selbständige Wohnungen geschaffen werden. Werden endlich Wohnungen, die von der Anwendung des Wohnungsmangelgesetzes, des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes ausgenommen sind, ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln geteilt, so bleiben nicht nur die neuen, sondern auch die bisherigen Wohnungen von der Anwendung dieser Gesetze befreit. Bei benützten Räumen gelten diese Befreiungen nur dann, wenn der Mieter der Teilung oder Zusammenlegung zustimmt.

Ferner kann künftig eine Wohnung nicht mehr beschlagnahmt werden mit der Begründung, dass die Wohnung im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner nicht genügend ausgenutzt erscheine.

Für Untermietverhältnisse,

die nach dem 1. Juli 1927 begründet worden sind, bestehen keine Beschränkungen gegenüber den Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

Soweit es sich um bestehende Mietverträge über Geschäftsräume handelt, ist — abgesehen von den Ladengeschäften in der Stadt Chemnitz — der bisherige Rechtszustand aufrecht erhalten worden. Im übrigen sind mehrere Bestimmungen der (ersten) Verordnung über die Lockerung der Wohnungswangewirtschaft vom 6. April 1927, teilweise in anderer Fassung, übernommen worden.

Die erste Lockerungsverordnung selbst wird aufgehoben, ebenso die die Ladengeschäfte in der Stadt Chemnitz betreffende Änderung der Verordnung über die Lockerung der Wohnungswangewirtschaft vom 16. Februar 1928.

Burkersdorf bei Chemnitz. Ungetreuer Beamter. Wegen Unterschlagungen bei der Girokasse wurde ein 22 Jahre alter Beamtenanwärter verhaftet, der durch falsche Buchungen etwa 5500 Mark veruntreut hat. Die Unterschlagungen reichen zum Teil mehrere Jahre zurück.

Ein schlimmer Rechensfehler

In der Sitzung des Landtages vom 18. März hat der Aufwarter Mac gesagt: „Kapitel 21, Staatszeitung, ist auch so ein ominöses Kapitel.“ 325 000 Mark „Zuschuss“...

Tatsächlich hat aber die Staatszeitung einen Überschuss von 4120 Mark erzielt. Mac hat anschließend die Summe von 325 800 Mark, die den Etat der Staatszeitung darstellt und die er auf 326 000 Mark ausrechnete, für den „Zuschuss“ bedarf genommen. Mit den 4120 Mark Überschuss trägt die Staatszeitung die Versorgungsbezüge für ihre ehemaligen Beamten und die Hinterbliebenen ihrer verstorbenen Beamten.

Raubüberfall

In Chemnitz kamen am Sonnabendmittag zwei unbekannte Männer in das Kontor einer auf der Viktoriustraße gelegenen Bierhandlung unter der Angabe, ein Fäß Bier kaufen zu wollen. Als die beiden Männer bemerkten, dass der 74 Jahre alte Geschäftsinhaber allein anwesend war, verlangten sie von ihm unter Drohungen einen Betrag von 500 Mark. Auf die Erklärung des Inhabers, dass er nicht so viel Geld habe, drückten ihn die Täter in eine Ecke und versuchten, ihm einen Knebel in den Mund zu stecken. Der Überfallene setzte sich jedoch heftig zur Wehr und rief um Hilfe, so dass die Räuber von ihm abließen und flüchteten.

Internationale Taschendiebe

Vor einem Kaufhaus in Dresden wurden von einem Kriminalbeamten ein dreißigjähriger russischer Staatsangehöriger und eine 31 Jahre alte politische Staatsangehörige bei Ausführung eines Taschendiebstahls ergriffen und festgenommen. Der Mann ist ein bekannter Dieb, der, aus dem Deutschen Reich ausgewiesen, unter falschem Namen in Dresden wohnt. Die Frau sorgte dafür, dass der Mann ungefähr arbeiten konnte.

Durch Berggräusch gefährdet

Nunweite des Bahnhofs Falkenau bei Chemnitz wird die Bahnlinie Reichenbach-Dresden seit Jahren durch einen wandern Berg gefährdet. Die Reichsbahn arbeitet ihm durch Abtragungen entgegen und beabsichtigt nunmehr die Befestigung des Berges. In Frage kommt die Abtragung von 150 000 Kubikmeter Erdmassen. Die Arbeiten werden von der Firma Phil. Holzmann in Dresden mit Hilfe dreier riesiger Bagger ausgeführt werden.

Dörsitz. Ein tragischer Tod. Als der Gerbereibesitzer Weßstein seinen Kraftwagen anfuhrte, entstand durch Beschädigung eine Explosion, die die Kleider des Mannes in Brand setzte. Der Verunglückte ließ in den nahen Gerbersbach, um die Flammen zu ersticken. In dem kalten Wasser des Baches ertrug er aber einen Herzschlag und ist, obwohl der Bach nicht tief ist, ertrunken.

Coswig. Ein Schmelzofen explodiert. In den hiesigen Eisenwerken explodierte, vermutlich durch Gas, die nicht durch die Sicherheitsventile entweichen konnten, ein Schmelzofen. Ein 32jähriger Schmelzer wurde durch glühendes Eisen und Dämpfe schwer verbrannt.

Stellenangebote

Zurichter

nur verletter Maschinen nach Mexiko gesucht!

Offerten mit Zeugnisschriften unter T 25 an die Expedition dieses Blattes. Tauchaer Straße 19/21

Wiederveräußer!

Hausierer! Hoher Verdienst mit Dr. Försters Knoblauch-Salt aus reinem Auszug aus dem Knoblauch-Knolle, gar. frei verkäufl. aut. Schal. Kapital von 10-20 M., erf. Wahl-Betrieb. Leipzig 53. Windhelsch. 27 II

Für jungenlosen Arbeitshaushalt (Schulj. 1.) wird unabh. verl. Frau ob. Mädch. b. 46 J. m. fr. Weltansch. ob. Geh. gef. Df. u. U 26 a. d. Erv. d. Bl. Taucha. Str. 19/21

Verkäufe



Große Posten Tapeten
15 und 20 Pfg.
Gitterstraße 54, Ecke Körnerstraße.

Herabgesetzt im Preise
habe ich lärm. Waren: Vogel, Räucher, Vogelsutter, Sand, Utensilien, Kanarienzentrale Gütersloh, Leipzig, Promenadenstr. 29. — Ecke Alexanderstr.

Auf Kredit
Bettdecken mit Matratzen
mit hoher Abzugsung
Scherbel
Markt 2 (Mathausseite)

Ein Posten
MeD Muster-Kinderwagen

Klappwagen
Staunend billig
bei M. Enke. Eltert. 9.

Diverses

Wer fährt mit? Jung. Gen. fahrt weit. Wanderaufz. (in) v. vertragl. Charakter auf circa 8-10 Wo. für Tour per Rab. (Rheinl., Baden, Bayern). Off. u. W. B. 22 nach Leipzig Gi postlagernd.

Jahradhaus Reischau

Königstraße, Fachmännische Reparatur-Werkstatt für Fahrräder, Räder, Motorräder.

Ihr Anzug wird „wie neu“ gehalten und gebügelt. 15, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000, 1010, 1020, 1030, 1040, 1050, 1060, 1070, 1080, 1090, 1100, 1110, 1120, 1130, 1140, 1150, 1160, 1170, 1180, 1190, 1200, 1210, 1220, 1230, 1240, 1250, 1260, 1270, 1280, 1290, 1300, 1310, 1320, 1330, 1340, 1350, 1360, 1370, 1380, 1390, 1400, 1410, 1420, 1430, 1440, 1450, 1460, 1470, 1480, 1490, 1500, 1510, 1520, 1530, 1540, 1550, 1560, 1570, 1580, 1590, 1600, 1610, 1620, 1630, 1640, 1650, 1660, 1670, 1680, 1690, 1700, 1710, 1720, 1730, 1740, 1750, 1760, 1770, 1780, 1790, 1800, 1810, 1820, 1830, 1840, 1850, 1860, 1870, 1880, 1890, 1900, 1910, 1920, 1930, 1940, 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2010, 2020, 2030, 2040, 2050, 2060, 2070, 2080, 2090, 2100, 2110, 2120, 2130, 2140, 2150, 2160, 2170, 2180, 2190, 2200, 2210, 2220, 2230, 2240, 2250, 2260, 2270, 2280, 2290, 2300, 2310, 2320, 2330, 2340, 2350, 2360, 2370, 2380, 2390, 2400, 2410, 2420, 2430, 2440, 2450, 2460, 2470, 2480, 2490, 2500, 2510, 2520, 2530, 2540, 2550, 2560, 2570, 2580, 2590, 2600, 2610, 2620, 2630, 2640, 2650, 2660, 2670, 2680, 2690, 2700, 2710, 2720, 2730, 2740, 2750, 2760, 2770, 2780, 2790, 2800, 2810, 2820, 2830, 2840, 2850, 2860, 2870, 2880, 2890, 2900, 2910, 2920, 2930, 2940, 2950, 2960, 2970, 2980, 2990, 3000, 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3070, 3080, 3090, 3100, 3110, 3120, 3130, 3140, 3150, 3160, 3170, 3180, 3190, 3200, 3210, 3220, 3230, 3240, 3250, 3260, 3270, 3280, 3290, 3300, 3310, 3320, 3330, 3340, 3350, 3360, 3370, 3380, 3390, 3400, 3410, 3420, 3430, 3440, 3450, 3460, 3470, 3480, 3490, 3500, 3510, 3520, 3530, 3540, 3550, 3560, 3570, 3580, 3590, 3600, 3610, 3620, 3630, 3640, 3650, 3660, 3670, 3680, 3690, 3700, 3710, 3720, 3730, 3740, 3750, 3760, 3770, 3780, 3790, 3800, 3810, 3820, 3830, 3840, 3850, 3860, 3870, 3880, 3890, 3900, 3910, 3920, 3930, 3940, 3950, 3960, 3970, 3980, 3990, 4000, 4010, 4020, 4030, 4040, 4050, 4060, 4070, 4080, 4090, 4100, 4110, 4120, 4130, 4140, 4150, 4160, 4170, 4180, 4190, 4200, 4210, 4220, 4230, 4240, 4250, 4260, 4270, 4280, 4290, 4300, 4310, 4320, 4330, 4340, 4350, 4360, 4370, 4380, 4390, 4400, 4410, 4420, 4430, 4440, 4450, 4460, 4470, 4480, 4490, 4500, 4510, 4520, 4530, 4540, 4550, 4560, 4570, 4580, 4590, 4600, 4610, 4620, 4630, 4640, 4650, 4660, 4670, 4680, 4690, 4700, 4710, 4720, 4730, 4740, 4750, 4760, 4770, 4780, 4790, 4800, 4810, 4820, 4830, 4840, 4850, 4860, 4870, 4880, 4890, 4900, 4910, 4920, 4930, 4940, 4950, 4960, 4970, 4980, 4990, 5000, 5010, 5020, 5030, 5040, 5050, 5060, 5070, 5080, 5090, 5100, 5110, 5120, 5130, 5140, 5150, 5160, 5170, 5180, 5190, 5200, 5210, 5220, 5230, 5240, 5250, 5260, 5270, 5280, 5290, 5300, 5310, 5320

Fürsorgepfleger! Erscheint alle am Dienstag, dem 24. März 1931, 20 Uhr, im großen Saal des Volkshauses zum Protest

Gegen die Verschandelung des Leipziger Fürsorgewesens

Alle Fürsorgepfleger müssen erscheinen. Ausweis: Parteimitgliedsbuch.

Arbeiterwohlfahrt Leipzig.

Neues Theater.

Auguststudien Neueröffnung 21.4.11
Montag, den 23. März 1931
53. Unrechts-Vorstellung (S. Holte, Stadt)
Der Jägernebaron
Operette in drei Akten nach einer Erzählung
Dr. Oskar von J. Schirmer. Musik v. Job. Strauß.
Musikalische Leitung: Walther Conrad
Inszenierung: Helga Holmann
Werke: Adalmar Suppan, ein reicher Schweine-
fänger im Danat (Otto Salomon); Stefano,
seine Tochter (Jema Weltz); Berill, deren Freundin
(Götz Strobel); Sandor, Barfuß, ein junger
Emigrant (Heinz Strobel); Tante Tornero, Übungs-
kommissar (O. Wöhrel); Mirabelle, Erzieherin im
Hause Bluhans (G. Weisert-Schumann); Ottolot,
der Sohn (O. Hanschitz); "Gret" Peter Sommer,
Obergepäck des Komitees Rommele (Ed. Goran);
Geltraud, Stiegerin (W. Städler-Sergent); Gottl,
Stiegermeisterin (Eda Heiß); Wolf, Jörg, Gesell
Wolfram, Bürgermeister (Ad. Helfrich); Karl Schmid, U.
Reichsgraf, Stephan Wulffers, Gilben, Suppons
Amedeo (Ed. Giffenbach); Seppi, ein Wiener Schuh-
junge (Ed. Herbig); Witja, Sommerin (V. Heit)
Gästefreunde, junge Eltern, Bürgermeister, Stieger-
innen, Wagen, Kofferwagen, Soldaten, Wolf usw.
Ort der Handlung: 1. Akt: Zemeter Wanat;
2. Akt: In einem Jägerneborde (Schweinfänger);
3. Akt: Vor Wien.

Zeit der Erzählung: Siegen Mittwoch 18. März
Am 3. Mittwoch aus dem Saal Wulff, Wolfer von
Johann Strauß. Begleitet von Gustav Wulff, Adèle
Richter, Max Schütze und den Tänzerinnen
Begleitet von Erna Überholz
Wulff nach dem 1. und 2. Akt
Gönna 19 Uhr, Anfang 19½ Uhr, Ende 20½ Uhr
Kreise der Wölfe 20 Uhr, bis 8. M.
Dienstag, den 24. März, 19½ Uhr; Don Juan,
Mittwoch, den 25. März, 20 Uhr; 57. Unrechts-
Vorstellung (S. Holte, Stadt): Edith ist die Welt!

Neues Operettentheater

Telephon 22484. — Dir. Dr. Eckert.
Nur noch kurze Zeit
Frigg 8 Uhr — Ende 11 Uhr
(Montag und Dienstag geschlossen, Vorstellung)

Gastspiel Lothar Koerner

„Die drei Musketiere“

Ausstattungs-Operette v. R. Benatzki

Mittwoch, den 25. März,
nachmittags 4 Uhr
(bei Preisen von 50 Pf. bis 3.—RM)
Wohltätigkeitsvorstellung
zum Besten erwerbsloser Musiker
des D. M. V.

Friederike

Goethe . . . Hermann Wolder
Vorverkauf von 10—1½ u. ab 5 Uhr



ASTORIA

Windmühlenstr. 31

4.00 6.15 8.30

Drei Tage Liebe

mit Käthe Dorsch

Siegfried Arns in

Moritz macht

sein Glück

Jugendliche haben Zutritt

Heute geschlossen!

Hans Albers

Drei Tage Liebe

mit Käthe Dorsch

Heute letzter Tag!

Harry Piel

Er oder Ich

mit Valerie Bostock

Willy Fritsch, Käthe Nagy

Ihre Hohheit

befehlt

mit Reinhold Schünzel

Jugendliche haben Zutritt

Heute bis Mittwoch, ab 5 Uhr

Frank Wedekind's

größter Sliten-Roman

Frühlingserwachen

Ein Filmwerk für reife Menschen

Außerdem!

Der Deserteur

von Arras

Ein Abenteuerfilm ersten Ranges

und die allseitig beliebte

Micky Maus

und die

neueste Wochenschau

Anfangszeiten 6, 6.15, 7.20 und 8.35

Weiße Wand

Lichtspiele Am Krystall-Palast

Heute bis Mittwoch, ab 5 Uhr

Frank Wedekind's

größter Sliten-Roman

Frühlingserwachen

Ein Filmwerk für reife Menschen

Außerdem!

Der Deserteur

von Arras

Ein Abenteuerfilm ersten Ranges

und die allseitig beliebte

Micky Maus

und die

neueste Wochenschau

Anfangszeiten 6, 6.15, 7.20 und 8.35

NACH AMERIKA REISEN!



Die Neuen stählen
Den Blick erweitern

Am Boden behagliches Wohnen, gemütliche Gesellschaftsräume, Turner, Sport und Spiel in frischer, exotischer See- luft, Sonne, heitere Gesellschaft, außerkommische Bedienung, alle Freuden einer guten Bordversorgung...

Wo könnten Sie sich besser erhalten?

Und dann das Ziel! Den Fuß zum erstenmal auf den Boden der neuen Welt setzen.

Noedameika, vor hundert Jahren noch das romanische Land von wilden Indianern, Jägern, Abenteuern und wenigen Kolonisten. Heute über das mächtigste und höchst entwickelte Industriegebiet der Erde.

Ode das tropische Mittelamerika mit seiner wunderbaren Tier- und Pflanzenwelt, seinen Urwäldern, seinen in praller Sonne liegenden Städten voll sprühendem Leben!

Und schließlich Südamerika, der weißen Rasse Zentralland, die neue Welt unbegrenzte Möglichkeiten, noch größer und noch gewaltiger als der Norden, vom Äquator bis zur Eleganz reichend!

Über See gewesen sein eröffnet weite Perspektiven. Neues, Fremdartiges stürmt auf Sie ein und wird Ihnen zur universiellen Quelle von Abregungen und Erinnerungen. Mühslos erleben Sie, was Sie zu annehmen erwähnt haben, wenn die Hamburg-Amerika Linie Sie gefestigt und Ihre weltweite Organisation bereit und stützend in Ihren Dienst stellt.

HAPAG-STUDIENREISEN NACH NORD-, MITTEL- UND SUDAMERIKA

Gesellschaftsfahrten mit festem Programm, Sonderfahrten für besondere Gruppen, nach persönlichen Wünschen zusammengestellte Einzelreisen schon von RM 920 an!

Hamburg—New York—Hamburg von RM. 735 an!

Verlangen Sie nähere Auskunft und die Drucksache A 714/317

HAMBURG-AMERIKA LINIE

Altes Theater.

Richard Wagner-Wien Neueröffnung 21.4.11

Montag, den 23. März 1931 20 Uhr

Geöffnete Vorstellung für das Leipziger Jugendamt

Was ihr wollt. (Ende gegen 22½ Uhr) Jugendamt

Dienstag, den 24. März, 19½ Uhr: öffentl. Vorstellung, zugleich Unrechts-Vorstellung 13:00

Die Ältere Dreifalt. Vorstellung, zugleich Unrechts-Vorstellung 13:00

Wittstock, den 25. März, 19½ Uhr: öffentl. Vorstellung, zugleich Unrechts-Vorstellung 13:00

Die Ältere Dreifalt. Vorstellung, zugleich Unrechts-Vorstellung 13:00

Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Ziel. 3095/31211

Montag, den 23. März 1931, 20 Uhr Gastspiel

Wibb Christiani mit Berliner Ensemble in Gastspiel

W

**Arbeiter" in der Kirche**

Der bekannte günstige Wind hat uns einen Stimmzettel und ein Flugblatt zur Wahl der Kirchengemeinde in der vertreter der Erlöser-Kirchengemeinde zu Leipzig-Thonberg auf den Redaktionstisch geworfen. Der "volkskirchliche Wahlausdruck" schlägt seine Kandidaten vor. Er bezeichnet sie als "Männer und Frauen von Lebensfahrung und selbständigen Urteil", und er behauptet füllt und gottesfürchtig. Es sind Männer und Frauen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Beamte, Angestellte und Angehörige der freien Berufe, so daß die Wünsche aller Kreise unserer Gemeinde erkannt und berücksichtigt werden können". Sehen wir uns diese "Kandidaten" einmal näher an:

Es sind 18 männliche und 11 weibliche, "auf dem Boden des Evangeliums und der Reformation" stehende menschliche Individuen. Der Berufszugehörigkeit nach handelt es sich bei den Männern um: Einen Schuldirektor i. R., einen Stadtbaumeister, einen Studenten, einen Handelsmeister, einen Buchhandelsgehilfen, einen Stadtmann, einen Oberpostschaffner i. R., einen Architekten, einen Buchhalter, einen Ingenieur, einen Stadtoberrichter, einen Kaufmann, einen Maurermeister, einen Oberpostsekretär, einen Rechtsanwalt, einen Oberinspektor, einen kaufmännischen Angestellten und einen Konditormeister. Also überwiegend Akademiker; als Nonnomierchen ist noch neben diversen Innungskräften zwei Angestellte; kein Arbeiter. Die Frauen rekrutieren sich wie folgt: drei bloß "Ehefrauen", eine Mäherin, eine Proturisten-Witwe, eine Sekretärs-Witwe, eine gewöhnliche Witwe, eine "Privata", eine "Haustochter", eine Buchhandelsgehilfin, eine Frau verwitwete Baumeister (!). Als Arbeiter-Interessen-Vertreterinnen kämen die Mäherin und die Buchhandelsgehilfin vielleicht in Frage; doch ist sehr zweifelhaft, ob es sich hier nicht nur um Auch-Arbeiterinnen handelt. jedenfalls: wenn überhaupt aus statistischem Material der Beweis erbracht werden kann, daß Kirche und Arbeiterschaft nichts miteinander zu tun haben, dann durch diese Wahlvorschlagsliste, die typisch ist für hunderte ihresgleichen.

Schlesien-Gedenkfeier in Leipzig

Einbürgerung abgelehnt, weil vorübergehend erwerblos.

Zur Gedenkfeier der schlesischen Landsleute, die am Sonntag dem 22. März, im Festsaal des Neuen Rathauses in Leipzig stattfand, möchte ich etwas zu denken geben:

Am 14. Februar hatte ich mich an die Kreishauptmannschaft in Leipzig mit einem Gesuch um Aufnahme in den sächsischen Staatsverband gewendet. Bin geboren in Oberschlesien-Schlesien, also Deutscher, ebenso wie meine Eltern. Durch die vor zehn Jahren vorgenommene Abstimmung ist mein Geburtsort nun zu Polen geschlagen worden. Da ich Deutscher bleiben wollte, verlangte und erhielt ich auch die Entlassung aus dem polnischen Staatsverband, bin also jetzt staatenlos. Da ich auch seit dem Jahre 1897 ununterbrochen in Deutschland und seit dem 14. April 1903 ständig und berufstätig in Leipzig aufgehalten, auch mein Familienheim hier unterhielt, so glaubte ich, daß mit keine Schwierigkeiten mehr entstehen könnten, um als Schlesier eingebürgert zu werden. Ohne mein Verschulden bin ich leider seit dem September 1930 beschäftigunglos. Das soll nun ein Grund sein, mir die Einbürgerung zu verweigern. Das Schönste, was man mir auf dem Wahlamt zu sagen hatte, war: "Bringen Sie uns den Beweis, daß Sie eine dauernde Beschäftigung haben; ohne diese ist es zwecklos, Ihre Einbürgerung vorzunehmen!" Ich frage die schlesischen Landsleute, die am Sonntag, dem 22. März, im Festsaal des Neuen Rathauses zu Leipzig versammelt waren: Ist das hier Geschilderte nicht eine unbillige Härte? Wo gibt es in der jetzigen Zeit noch eine Beschäftigung, die "dauernd" zu nennen ist?

H. B.

25-Jahr-Jubiläum der 26. Volksschule

Ein Erinnerungsspiel voll frohen Humors und doch ernster Wirkung bot die 26. Volksschule mit ihren Kindern am Freitagabend im Albertgarten. Aus verstaubten Altkleidlindeln kommen lebendige Gestalten, und in langen Reden kann nie so klar der gewaltige Unterschied zwischen 1906 und 1930 herausgearbeitet werden als durch die Zwiesprache der langbehaarten, auf Tätsche gearbeiteten Konfirmanden von ehedem und den jugendfrischen, beweglichen Wanderspuren von heute. Bei den einen Entrüstung über die kurzen Hosen, die bloßen Knie der Knaben, über das kurze Röckchen der Mädels, noch mehr über die Milchflasche in der Schule, die doch nur die ganz Kleinen nehmen! Die 1930er dagegen haben Verwunderung und ein mitleidiges Lächeln für den "gelben Onkel", der seine Rolle in der Schule ausgespielt hat und sich in die Ecke drücken muß. Das einzige, was beide feiern, ist die betrübliche Tatsache, daß Puk und Farbe an den Wänden recht abbröckeln. — Wäre es nicht ein Jubiläumsgehen, wenn der Rat alle die Jümmi farben und instandsetzen liege, die in den 25 Jahren noch nicht geweiht worden sind? — Oder ist das für Räume, in denen täglich 30 bis 40 Kinder verkehren, zuviel verlangt?

Was dann an Waldgespenst und Märchengestalten aller Art aus dem "Reiche von Kreppapier" erschien, zeigte nicht nur von der erstaunlichen Regie Kunst des Lehrers Marx, sondern auch von der immer wieder zu beobachtenden Tatsache, daß Kinder herortende Schauspieler sind, sobald man ihnen gestaltet, sich selbst zu spielen. Kampfespiele ist unser Kindern ein fremder Begriff. Die Art der Darstellung, wie zwei Wunderburschen mit offenen Augen die Welt betrachten, mit gesundem Sinn die Typen der Kleinstadt, das Leben der Großstadt kritisieren, war so eindrucksvoll, daß gar mancher unter den Älteren für die neue Art, das Leben selbst zu studieren, nicht nur auf dem Umweg über das Buch, gewonnen worden sein darf. Als dann Herr Lehrer Thieme der Volksschule einen wichtigen Abschluß gab durch einen Mosaikchor: Wir sind jung, die Welt steht offen! So mußte wohl der argste schulpolitische Niesmacher belogen: Die Entwicklungsschule, die die Schule im letzten Vierteljahrhundert genommen hat, ist nicht wieder umzubiegen: Freude und Frohsinn im Leben der Kinder! Erziehung zu klarer kritischer Beobachtung, zu verantwortungsbewußtem Handeln für die Gemeinschaft! Das muß auch das Motto der Zukunft bleiben.

Sonntagnachmittag wurde durch eine Ansprache des Schulleiters Kapelle in der Entlassungsfeier der Schule des Jubiläums gedacht. Die bewegte Geschichte — der Weltkrieg mit seinen vielen Beeinträchtigungen des Schulbetriebs, die Bebauung der gesamten Umgebung, die personellen Veränderungen — wurde dargestellt und dabei auch der Toten gedacht, die der Schule einst angehört. Auch Direktor Bachmann, der vor 25 Jahren die Leitung übernahm, jetzt im Ruhestand lebt, überbrachte der Schule seine Wünsche und Grüße. Aus allen Ansprachen hörte man die Freude über die Entwicklung des Schulwesens, aber auch die Sorge, daß durch die ungewöhnlichen Kürzungen der Mittel im Haushaltplan des Rates die Schule und die Kinder schweren Schaden erleiden könnten.

Mit dem Motorrad gestürzt. Infolge eines Defektes an der Maschine wurde am Sonnabend in der Reichenhainer Straße der 27. Jahre alte Propagandist Alfred Schneider von seinem Motorrad gefeuert. Schneider erlitt eine Kopfverletzung sowie Gehirnerschütterung. Er stand Aufnahme im Krankenhaus.

Verschwendung der Fürsorge

Der Rat der Stadt Leipzig hat in seinen Haushaltspflegerentwurf, über den zur Zeit die Stadtverordneten in den Ausschüssen beraten, für die "offene Fürsorge", das heißt für laufende Wohlfahrtshilfe, einmalige und außerordentliche Unterstützung in Form von Mietbeihilfen und Sachleistungen, anstatt der errechneten 34 Millionen nur 27 Millionen Mark, also ein Weniger von 7 Millionen Mark, eingesetzt. Der Berechnung liegt die Durchschnittszahl von 45 000 Unterstützungs- partien (mit Angehörigen 70 000 Menschen) für das Jahr 1931 zugrunde. Um mit diesem Betrage auszukommen, müßte nach Meinung des Rates der Unterstützungsauwand für eine Unterstützungsgruppe pro Jahr von bisher durchschnittlich 720 Mark auf 600 Mark herabgesetzt werden. Ohne die Verabschiedung des Haushaltplanes und ohne die Entscheidung des Stadtverordnetenkollegiums abzuwarten, sucht nun der Rat seinen Plan auf Verschlechterung der Unterstützungsgrundsätze und Herabsetzung der Unterstützungsgrößen durchzuführen.

In einer den Stadtverordneten zugestellten Vorlage auf Änderung des erst am 18. Dezember 1930 in Kraft getretenen Ortsgegesetzes über die Unterstützungsgrößen in der öffentlichen Fürsorge unterbreitet er seine dahinzielenden Vorschläge.

Der größte Teil der im bisherigen Ortsgegesetz noch enthaltenen humanen, der Rotslage der Hilfsbedürftigen gerecht werdenden Bestimmungen fiel dabei dem Rotsatz des neuen Leipziger Finanzministers, Bürgermeister Löser, zum Opfer.

Gänzlich geändert wurden sämtliche Bestimmungen, die eine Schonung bei Rückerstattung gegahpter Fürsorgeunterstützung wollten. Nach Ansicht des Rates sind Bestimmungen, die jugendliche Personen, kinderreiche Familien oder Kranke schützen, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit die Hilfe der Fürsorge in Anspruch nahmen, höchst überflüssig. Das seihige Ortsgegesetz wurde wegen seiner Bestimmung über die Rückerstattung von 10 Mark Rente der Sozial- und Unfallrenten bei Berechnung ihres Unterstützungsrahms als fortgeschritten gerühmt. Dieses Entgegenkommen war gewissermaßen ein Augeleich für die durch die Inflation geschädigten Rentenempfänger, die ihr Leben lang Beiträge gezahlt haben. Dafür haben die Herren Dr. Goerdeler und Löser sowie die anderen bürgerlichen Ratsmitglieder, die im Rate für die Streichung stimmten, kein Verständnis. Den Rentnern soll also in Zukunft das volle Rente angerechnet werden. Man will, da 6400 Sozialrentner unterstützt werden, so jährlich 200 000 bis 700 000 Mark sparen. Das Wohngeld für hilfsbedürftige Wohngärtner soll nur noch in Höhe eines einfachen, nicht mehr, wie bisher, eines doppelten Unterstützungsrahms gegeben werden. Dieser Satz beträgt wöchentlich 7 resp. 10 Mark.

Der letztere Sinn der Verschlechterung des Ortsgegesetzes ist aber die Herabsetzung der Unterstützungsgrößen um 1 Mark resp. 1,25 Mark bei Sozial- und Kleinrentnern

pro Kopf und Woche. Es sollen bei jetzt 60 000 unterstützten Personen auf diese Art jährlich 3 Millionen Mark erspart werden. Würde man die vom Rate für 1931 errechnete Unterstützungsgröße von 45 000 Partien resp. 70 000 Personen zugrunde legen, so würde die Ersparnis sogar 3 700 000 Mark betragen. Der Rat macht sich die Begründung seiner Forderung leicht dadurch, daß er auf die angeblich gesunkenen Lebensmittelpreise verweist. Wie liegen hier nun die Verhältnisse? Es erhält an Unterstützung in Leipzig in der "allgemeinen Fürsorge":

1 Erwachsener ohne eigenen Haushalt	7.— Mark,
1 Erwachsener mit eigenem Haushalt	10.— Mark,
1 Ehepaar mit eigenem Haushalt	17.15 Mark,
1 Kind unter 2 Jahren	4.20 Mark,
1 Kind von 2 bis 6 Jahren	5.20 Mark,
1 Kind von 6 bis 14 Jahren	8.50 Mark.

Für Ernährung sind dabei vorgesehen:

für einen Erwachsenen	6.— Mark,
für ein Kind unter 2 Jahren	3.20 Mark,
für ein Kind von 2 bis 6 Jahren	4.20 Mark,
für ein Kind von 6 bis 14 Jahren	5.50 Mark.

Der übrigbleibende Unterstützungsanteil ist für Miete, Heizung und kleine Bedürfnisse berechnet.

Dem Ernährungsgesetz liegt eine Lebensmittelbedarfstatistik zugrunde. Der Rat sagt nun, daß der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ernährungstag und den tatsächlichen Preisen der vorgesehenen Lebensmittelmenge infolge des Preisabbaus ständig gestiegen ist und jetzt bei den Erwachsenen 1,57, bei den Kinderunterstützungsgrößen 0,07 bis 1,45 beträgt.

Das heißt auf gut Deutsch, daß ein Erwachsener sich für 4.47 Mark, ein jüngeres Kind für 2.30 Mark ein älteres Kind für 4.05 Mark pro Woche ernähren können. Diese Behauptung ist so gewagt, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, daß man nur den Nutzen bewundern kann, der dazu gehört, um sie aufzustellen.

Da der Rat aber nicht diesen Unterschiedsbetrag, sondern nur 1 Mark pro Woche fürzogen will, so müßte ein Alleinstehender mit eigenem Haushalt mit 5 Mark pro Woche sich ernähren.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird diesen Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Die Finanznot der Gemeinden ist groß. Ihr kann nur gesteuert werden, wenn die bürgerlichen Ratsmitglieder und bürgerlichen Stadtverordneten den größten Druck auf ihre Parteien resp. Fraktionen ausüben, sie zwingen, den sozialdemokratischen Initiativgegenstand im Reichstag zugunsten, der eine andere Verteilung der Lasten der Fürsorgeausgaben für die Wohlfahrtswerke und der bürgerlichen Parteien, daß die Leipziger Unterstützungsgrößen und -ausgaben weit den anderer Städte vorausseilen, richtig ist, darüber wird bei den Beratungen der Ratsvorlage noch manches zu sagen sein.

Paul Krieg, Stadtverordneter.

Gagah-Siedlung in Mariental

Waren vor Jahren zwischen dem Süden und Südosten Leipzigs große Flächen noch Feld, Garten oder Brachland, so ist mit der Bebauung von Marienbrunn und Mariental ein deutlich sichtbarer Wandel eingetreten. Die verschiedenen Vereinigungen und Genossenschaften der Siedler haben auf erwähntem Boden Ein- und Mehrfamilienhäuser erstellt und somit dazu beigetragen, daß in wenigen Jahren ein Ortsteil entstanden ist, der nicht nur durch seine Größe, sondern auch durch seine Lage mit zu den schönsten Leipzigs gehählt werden muss. Leider hat man verlehrig politisch dieses Gebiet stark vernachlässigt; erst Anfang Mai soll Leipzig jüngster Vorort Straßenverbindung erhalten.

Zu den Vereinigungen, die eine beträchtliche Anzahl Wohnstätten in Mariental erstellt, gehört die Gagah, die Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten, die 1918 unter Beteiligung der verschiedenen Angestelltenverbände in Berlin ins Leben gerufen wurde. Das Ziel dieser Gesellschaft, die in vielen Teilen Deutschlands Ortsauschüsse unterhält, ist, reichsversicherungspflichtigen Angestellten nach Bedarf Wohnungen zu verschaffen. Um den Charakter der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft zu wahren, werden Wohnungen auch an Angehörige anderer Berufsschichten abgegeben.

Die Gagah konzentriert sich bei ihren Bauten möglichst auf geschlossene Siedlungen. Leipzig bietet für Beachtung dieses Programmpunktes genügend Beweis. 52 Gagah-Hausstätten liegen am Rotläppchenweg und an der Märchenstraße, 38 Wohnungen, die bereits 1928 fertiggestellt wurden, am Triftweg, 128 Wohnungen an der Zwidauer Straße. Das Leuhner der Häuser ist einfach und sachlich gehalten, wirkt aber ansprechend. Bei der inneren Gestaltung legt die Gagah besonderen Wert auf zweckmäßige sparsame Ausnutzung des umbauten Raumes. Die Wohnungen sind ausreichend groß, gut besont und belüftet, enthalten Bad und Innenloset.

Die Nachfrage nach den von der Gagah erstellten vier-Zimmer-Wohnungen war bis vor einiger Zeit eine sehr rege. Der vom Unternehmertum dictierte Lohnabbau, die Massenentlassungen haben jedoch auch große Teile der Angestelltenenschaft betroffen, die als Mieterinteressen für die Gagahbauten in Frage kamen. Diese Wohnungsinteressen sind verschiedentlich abgeprallt und blieben in den Altwohnungen. Die Gagah konnte somit einen Teil ihrer an der Zwidauer Straße gelegenen Neubau-Wohnungen noch nicht vermieten; annähernd 30 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sind noch zu vergeben.

In der Gagah-Siedlung an der Zwidauer Straße haben zur Zeit einige Leipziger Firmen in den noch freien Wohnungen Möbel, Beleuchtungskörper und Dinge der Innendekoration dienend ausgestellt. Die Besichtigung dieser Ausstellung — die Zeiten wurden im Inseratenteil der L. V. vom 21. März bekannt gegeben — kann empfohlen werden.

Eine Einbrecherbande zur Strecke gebracht

Vor mehreren Tagen überraschte in den frühen Morgenstunden ein heimlebender Bewohner eines Grundstücks in der Pfaffenstorfer Straße zwei Einbrecher, die in ein Radiogeschäft eingedrungen waren und neben einem Geldbetrag verschiedene Radiogelegenheiten gestohlen hatten. Der Bewohner schloß geistesgegenwärtig die Haustür und holte polizeiliche Hilfe herbei. Inzwischen hatte einer der Einbrecher die Haustür geöffnet und war nach dem Rosenthal zu entkommen, obwohl er verfolgt worden war. Den zweiten Einbrecher stöberte man im Keller des Hauses auf. Bei ihm wurden verschiedene Einbruchswerkzeuge und die Beute aus dem Einbruch gefunden. Es handelte sich um einen 17 Jahre alten Marktshof. Sein Komplize konnte noch am gleichen Tage in der Person eines 20-jährigen Fleischers ermittelt werden. Im weiteren Verlauf der polizeilichen Ermittlungen konnten noch zwei Personen ermittelt und verhaftet werden, mit denen zusammen die beim Einbruch überraschten im Laufe des letzten halben Jahres zahlreiche Einbrüche verübt hatten. Insgesamt konnten den Bürgern bisher 15 Einbrüche nachgewiesen werden. Ihre Beute war recht beträchtlich. In einem Hause erhebten sie über 800 Mark Bargeld. Das Geld wurde in leichtsinniger Gesellschaft verbündelt.

Für sozialen Fortschritt in der Justiz

Der Sinn des Strafvollzugs war das Thoma, mit dem sich der Republikanische Richterbund, Bezirksverband Leipzig, in seinem Vortragsabend am 21. März 1931 beschäftigte. Staatslicher Fürsorger Dr. Beck, durch seine Tätigkeit in der Strafanstalt fürsorge mit dem Strafvollzug eng verbunden, zeigte zunächst im wesentlichen Sinn die enge Verbundenheit von Strafrecht und Strafvollzug, um dann als Praktiker die Problematik des Strafvollzugs in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung darzulegen. Bei den Reformbestrebungen, die neuereidet haben, geht die Tendenz dahin, den besserungsfähigen Rechtsbrecher durch den Erziehungsstrafvollzug wieder in die Gesellschaft einzuführen, den unverheillichen durch Verwahrung dauernd unschädlich zu machen. Kurze Freiheitsstrafen sind deshalb zwecklos. Jeder Erfolg des Strafvollzugs hängt davon ab, ob die Arbeit und Freizeit des Gefangenen wirksam ausgestaltet werden können. Da dies heute bei den Millionen von Arbeitslosen nicht möglich ist, ist der heutige Strafvollzug Glück und Städte. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände einer Epoche spiegeln sich stets im Strafvollzug wider.

Es ist erfreulich, festzustellen, daß der Vortrag, der von großer sozialer Einsicht zeigte, bei seinem Publikum nicht auf Widerspruch stieß, vielmehr in der Ausprache die Gedankengänge Dr. Becks noch weitergesponnen wurden. Also doch wenigstens eine Vereinigung von Juristen, die für den sozialen Fortschritt, auch in der Justiz kämpft!

Nazis und Rojis prügeln sich

Am Sonntag gegen 14 Uhr kam es in der Härtelstraße zu einem Zusammenstoß zwischen einer größeren Gruppe Hitler-Jugend und einem Trupp Jungkommunisten. Der Prügeln, die sich entwickelt hatte, wurde durch die Polizei ein Ende bereitet. Vier der Beteiligten wurden dem Polizeipräsidium zugeführt und nach Namensfeststellung wieder entlassen.

Ferner kam es gegen 15 Uhr in der Dresden Straße zu einem Zwischenfall zwischen einem Studenten und Kommunisten. Ein Polizeibeamter, der dem Studenten zu Hilfe eilte, wurde bedroht. Das herbeigeführte Überfallkommando stellte die Ordnung wieder her. 16 Kommunisten wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht und zum Teil in Haft behalten. Den Zugeführten wurden vier feststehende Messer, Fahnentangen und andere Schlaginstrumente abgenommen.

Geldschranknader in einem Fabrikantorum. Nächts drangen unbekannte Diebe in das Kontor einer Fabrik in der Riebeckstraße ein und öffneten einen dort stehenden Geldschrank älteren Modells gewaltsam. Ihre Beute bestand in einem Geldbetrag von etwa 1350 Mark und einem Sat

Andere Sorgen? / „Die Affäre Dreyfus“ im Alten Theater

Zweifellos war die deutsche „Affäre Dreyfus“ für die französischen Nationalisten schwerer zu tragen, als der amerikanisch-deutsche Remarquesfilm für die unfragen. Aber das offizielle Frankreich ist erst dieser Tage sehr entschieden von seinem reaktionären Radikalpöbel abgerückt und hat die Wiederaufnahme der Dreyfus-Aufführungen verlangt, ähnlich wie man die abgesetzten Weingartner-Konzerte wieder angezeigt hat. Frankreich macht, manchmal wie im echten Falle Dreyfus etwas spät, seine alten Sünden wieder gut.

Von der städtischen Schauspieldirektion, die mehr als ein halbes Jahr an dieser „Affäre“ herumgedrückt hat, bis nicht nur der Film, sondern auch Paris erheblich zuvorkommen, ließe sich ähnliches sagen. In einem ganzen Wintersemester die einzige belangvolle Aufführung, ja neben der braven „Agnes Bernauer“ die einzige auch nur verantwortbare! Das soll uns nicht hindern, anzuerkennen, daß es auch die beste war, die wir in diesem Winter überhaupt in Leipzig zu sehen bekommen, geleitet von Erich Schönau, dem Dellef Stier mit einer für seine Jugend etwas bestreitlichen Jurisprudenz die Regie überlassen hatte.

Die öffentliche Dummheit, die aus plumpen, reaktionären Motiven heute jedes Zeitstück madig machen möchte, könnte, wenn sie es überhaupt könnte, aus solchem Abend lernen, daß ein gutes Zeitstück heute und morgen jedes Publikum hinzehalten wird, nicht nur zum Beispiel, sondern zu innerster Ergriffenheit aller Herzen, die nicht von undurchdringlichen Kettenfesseln gesichert sind. Das schwache, das unklischeitliche Zeitstück aber, ist noch immer in unseren Zeiten eine moralisch sehr viel erfreulichere Sache, als eine stumpfsinnige, zeitlos alberne Spekulation auf den Spießbürgern der sich „nur unterhalten“ will.

Ein Zeitstück ist die „Affäre“ nicht nur, weil Alfred Dreyfus heute noch lebt, sondern weil der nationalistische und militaristische, der monarchistische und antisemitische Radikalpöbel, der lieber einen unschuldigen Juden als Landesverräter auf der Teufelsinsel wissen wollte, als einen schuldigen adeligen Offizier, im Frankreich der neunziger Jahre dieselbe dumpfe, reaktionäre Masse war, die heute in Deutschland die bescheidenen Eltern einer demokratischen Verfassung und eines eben angebahnten sozialen Fortschritts bedroht, die auch wir uns aus einem verlorenen Kriege noch herausgerettet hatten. Die Parallele ist so zwangsläufig, daß die beiden Autoren dieses dokumentarischen Schauspiels Hans Rehrlisch und Wilhelm Herzog es gar nicht nötig gehabt haben, an irgend einer Stelle deutlicher zu werden, als es ihre historischen Unterlagen selber sind.

Man hat sich schon vor 35 Jahren gefragt, ob denn eigentlich das französische Proletariat nicht andere Sorgen hatte, als sich für einen reichen jüdischen Hauptmann zu interessieren, den eine Militärsamarilla, die ihre eigene Richtigkeit zu verborgen wünschte, als Schlosspfeffer gebrauchte. Es hatte jedenfalls andere Sorgen, und das Proletariat der ganzen Welt hat sie heute noch.

Aber der nicht verhinderte Justizmord an Sacco und Vanzetti, der 30 Jahre nach dem verhinderten Justizmord an Dreyfus geschah, redete auch dann zu uns eine allzu deutlich warnende Sprache, wenn wir uns nicht darüber klar wären, daß jeder Sozialist, jeder Diener einer künftigen besseren Gesellschaft die Wahrheit und die Gerechtigkeit als unabdingbarer Wert zu verehren habe, wo immer er sie erlebt.

Wenn liberale Bürger aller Schichten, gestützt auf die härteren Schultern des Proletariats, ihr Dreyfus kämpften, dann war es das hohe Gut der juristischen Gerechtigkeit, das sie erkannten und für das sie sich einsetzten. Auch im Falle Sacco und Vanzetti haben viele solche Bürger geglaubt, daß es sich nur um die juristische Gerechtigkeit handle, während das Problem im amerikanischen Hochkapitalismus doch schon längst völlig in das einer künftigen sozialen Gerechtigkeit umgeschlagen war. Erst in der sozialistischen Gesellschaft wird auch die juristische Gerechtigkeit zum unzerstörbaren sozialen Gut werden. Heute, wo immer wir ihr Gegenteil bemerken, muß es uns als Wegzeichen dafür dienen, wie weit wir vor der sozialen Gerechtigkeit im Klassenstaat mit seiner Klassenjustiz noch entfernt sind.

Unter den Helden des Falles Dreyfus hat die Hauptperson eine bewunderungswürdige Tapferkeit und Ausdauer in den entscheidenden Jahren in so vollerer Vollständigkeit, im Leben allein, bewahren müssen, daß es vollkommen richtig war, die Affäre und nicht den Mann zur Hauptperson eines Dramas zu machen. Gefragt wird die Affäre, neben allerlei mehr oder minder wichtigen, mehr oder minder rühmlichen Hilfskräften, in der Geschichte und in ihrer Gestaltung von zwei Männern, von dem Oberst Picquart und von dem Dichter Jola.

Au dem Offizier des Nachrichtendienstes, der allein für die Wahrheit stand und von der Militärsamarilla bis hart an das Schicksal des Hauptmanns Dreyfus herangetrieben wurde, bewundern wir am meisten die Willenskraft des Mannes, der es wagte, aus seiner Kaste herauszutreten, obwohl er sie liebte, und allein zu stehen, obwohl er nur gelernt hatte, in Reich und Staat zu bleiben.

Um Emile Zola bewundern wir den gewaltigen Einsatz, der ein geniales Lebenswerk nicht für zu teuer hielt, um Ruhe, Sicher-

Kundgebung zum Tag des Buches

In Leipzig wurde der „Tag des Buches“, der bekanntlich im Zeichen von „Bau und Buch“ stehen sollte, durch einen Festabend im Rathaussaal eingeleitet, der sich durch erfreuliche Sachlichkeit auszeichnete und nicht ohne bedeutende Hinweise auf die Nähe der Zeit verließ. Nach einer allgemeinen Begrüßung nahm Oberbürgermeister Dr. Goerdeler das Wort. Von der Tatsache ausgehend, daß die Versorgung kultureller Bedürfnisse (Buch, Musik, Radio u. a.) sich immer mehr auf bestimmte Städte konzentriert, wies er nach, daß ein Nachlassen in der Unspannung, ein durch Tradition in einer Stadt verwurzeltes Monopol zu halten, bald zum Aufgeben führen müßte. Das aber müßte neben der kulturellen, auch eine schwere wirtschaftliche Einbuße für die Bewohner der Stadt zur Folge haben. Aus dieser Erwagung heraus seien bei allem Willen zur Sparanstalt im neuen Etat der Stadt die Mittel für Buch und Buchkunst kaum verengt worden, denn ein blühendes Buchgewerbe bedeute für Leipzig Arbeit und Brot. Am Schlusse seiner Ausführungen gab der Oberbürgermeister bekannt, daß die Stadt Mittel für die Leipziger Dichterstiftung bereitgestellt habe und drei Leipziger Schriftsteller mit Literaturpreisen ausgezeichnete. Und zwar Hans Natonel im besonderen Hinblick auf seine Romane „Der Mann, der nie genug hat“ und „Geld regiert die Welt“. Dann unser Mitarbeiter Hans Otto Henkel in Anlehnung seiner historischen Studien, insbesondere des „Misanieros“ und auch, weil sein Schaffen sich unter besonders schwierigen Umständen vollzog. Schließlich Josephine Siebe, Verfasserin von Jugendbüchern und Volkserzählungen. Den eigentlichen Festvortrag hielt Frau Dr. Ulrich-Bell über Buch und Lebensgestaltung der Frau. Ein historischer Überblick, aus dem wiederholt hinfällig die Abhängigkeit der Frau von der ökonomischen Frage aufleuchtete. Das heißt, es steht nicht viel, der Frau das Recht auf das Buch zu geben, wenn sie es nicht kaufen kann. Am Schlus kam die Frau als dichterische Gestalterin zu Wort: Klara Bleibig mit der Novelle „Das Kind“. Die Frage der Würde der Frau wurde auf nicht eben neue Weise angeschnitten, aber wie das die greise Dichterin tat, wie lebensstatisch, wie eindringlich ihre Worte die Menschen charakterisierten, das paßte die Zuhörer.

heit und Namen aufs Spiel zu legen, damit Gerechtigkeit werde, nicht im Buche, sondern unter seinem Volle, nicht vor einigen Wissenden, sondern vor aller Welt. Er wußt das Gewicht seines Ruhmes auf die Waage einer Gerechtigkeit, die doch lieber nach den Generalsuniformen schielte, und als die französischen Offiziere, gegen auf der anderen Seite einer schielenden Gerechtigkeit immer noch zu gewichtig vorkamen, ging er in die Verbannung, oder besser, er schickte Frankreich in die Verbannung, bis die Vernunft in seine Heimat zurückkehrte.

Die wundervolle Größe seines menschlichen Einsatzes überträgt sich auf jeden, der in dieser Maske auf der Bühne zu erscheinen auch nur einigermaßen wagen darf. Wir wollen deshalb Ernst Sattler den ganzen Ruhm einer schönen Leistung lassen, die an seinen vorzüglichsten Michael Kramer erinnert, und über den Eindruck, den Heinrich George im Film als Jola zu erreichen vermag, ebenfalls hinausgeht. Diese ungemein, gedrungene Gestalt mit ihrer leisen, eindringlichen Sachlichkeit, war bis zu der dreimaligen Aufführung der Unschuld des Hauptmanns Dreyfus am Schlus seiner Gerichtsrede erfüllt von großerartiger menschlicher Wahrscheinlichkeit.

Daneben stand Stanchina als Picquart, als ein gütiger, ein wenig pedantischer Nervenmensch, nicht so leuchtend wie Basser-

mann im Film, aber vielleicht treffender für Wesen und Schicksal dieses Mannes, der beinahe ein Opfer geblieben wäre.

Auf der anderen Seite zwei lästige Schurken. Nemec als Oberst Henry ein tieradiger Dummkopf, der am Ende ventiliert und als Träger der Hauptvergnüsse. Walter Kiesler, der als General Plessing einen türen, aber persönlich einigermaßen sauberem Militäristen verkörpert, der an seine schlechte Soche bis zum Ende glaubt.

Ruth Hellberg erfüllte als Freundin des Oberst Picquart, als Vertraute und Mitstreiterin, eine dramaturgisch wertvolle, historisch wohl nicht gegebene Funktion mit Anmut und natürlicher Würde. Wie so etwas und ist die Wieselfigur dieser Darstellerin eigentlich heute so billig, daß man mit einer Lohnstücke, durch die sie aus Leipzig vertrieben wird, wirklich zu sparen glaubt? Ich fürchte, man bläßt nur Geld dabei ein.)

Endlich muß Kurt Lucas, dem Amate bisher unbekannt, genannt werden, der als Verteidiger Labori mit dem ganzen Temperament und der unwiderstehlichen Ironie eines Anwalts von hohen Graden die Gerichtsverhandlung zu beherrschen die Aufgabe hatte und dazu imstande war.

Der Bürger und das Militär

„Jena oder Sedan?“ dieser Roman des nun 80jährigen Leipzigers Franz Adam Beyerlein, bietet dem Leser auch heute noch Spannungsreize. Man versteht auch heute noch das Kriegsgefecht, das das Werk zur Folge hatte. Einz, der die preußische Kaserne, den „Kommiss“, das Offiziers- und das Unteroffizierskorps kannte, erhob — in der übrigens recht gefälligen Form des zum Teil geradezu anständigen Unterhaltungsromans. — Anklage gegen vieles in der Armee, — nicht gegen die Armee selber. Die sympathischen Offiziere standen durchaus im Vordergrund, diejenigen, welche den Verfall sahen. „Jena oder Sedan?“ war kein pazifisches Werk, obwohl hier und da auch schlicht und mit stocender Stimme die Frage nach dem Recht des Krieges überhaupt aufgeworfen wurde, — es war ein Warnungssignal für die, die das Heer liebten. Der Verfasser fragte: Wollt ihr den Schein, den leeren Mandoverdrill verewigern, wollt ihr die Kluft zwischen Mannschaften und Vorgesetzten vergrößern? Wollt ihr ein neues Jena? —

Beyerleins Roman bedeutete für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts vielleicht nicht viel weniger als Remarques freilich ehrlich und künstlerisch wertvollerer Roman für unsere Zeit. Heute geht es gegen den Krieg, damals — die Marne Schlacht lag noch in weiter Zukunft vorne — ging es gegen die Kaiser. Die Kaserne, der auf Schein und Kadavergehorsam gestellte Militarismus, „Allobrogo Sozialdemokraten!“ Das war Beyerleins Fazit. Ohne einen Roman für die Ewigkeit gelassen zu haben, läßt Beyerlein eines der wirklichsten Zeitdokumente. Sein Ernst zeigte sich auch in seiner sachlichen Gewissenhaftigkeit. Nicht die geringste Karikatur findet sich bei ihm; neben Konventionellem und Klischehaftem manch soziale Landschaftsschilderung.

Viel äußerlicher wurde dasselbe Motiv in Beyerleins oft gespieltem Theaterstück „Apfensee“ behandelt. Ist die Ehre des Offiziers eine bessere, höhere als die eines Wachmeisters? — so lautet hier die Frage. Selbst hier gibt Beyerlein keine Satire. Mit schwärmfähigem Ernst, der sich in der vergröbernden Beleuchtung der Bühne noch verdickt, werden hier — uns selbstverständlich dünklende — Thesen gegen ein System geschleudert, das freilich auf unwahrscheinlich erscheinenden Unmenigkeiten aufgebaut ward. Doch die Bühne macht diese Geschichte von der

Wachmeisterstochter, die Offiziersliebchen ist, doch nicht selne Gattin werden kann, für jeden verständlich. Es gab hier Theatereffekte, daß die Kulissen wackeln und nicht bloß die Kulissen, sondern auch die Herzen gläubiger Militäristen ins Wanken bringen mussten. Wie veraltet auch manches heute in „Jena oder Sedan“ und im „Apfenseestreich“ anmutet, zweierlei kann Beyerlein sich zum Ruhm anrechnen: Er hat einem großen Publikum gegenüber, einem Publikum, das sich nicht eigentlich durch das Mittel der Kunst bilden läßt, auf einige der schlimmsten Schäden des Militarismus hingewiesen, und er hat, was heute wohl niemand mehr bestreiten wird, bitter recht behalten, so sehr recht, daß wir heute gar nicht mehr diese längst bestätigten Thesen zu überprüfen brauchen. Die Frage von heute lautet nicht mehr: Jena oder Sedan? — Denn wir wissen längst, daß jedes Sedan ein Jena zugleich ist. Die Frage von heute lautet allein: Wie machen wir jeden künftigen Krieg unmöglich? Und darauf gibt es nur die Antwort des Sozialismus.

H. F.

Notnahmen im Leipziger Schauspielhaus. Nach den Erfahrungen der vergangenen Spielzeit glaubt die Direktion des Schauspielhauses sich leider in der künftigen nur noch dem Unterhaltungs- und Gesellschaftsstück widmen zu können, mit dem allein es also anscheinend den Geschmack seines Durchschnittspublikums zu treffen meint. Die zwölftmonatige Spielzeit soll nur insofern belassen werden, als man während dre Monaten im Sommer das Personal auf eigene Rechnung als Kollektiv spielen lassen will. Leider wird man auch einige wertvolle Mitglieder des Ensembles nicht wiedergewinnen können. Das alles ist, wie man versteht, nur als Sparmaßnahme für die Dauer einer Notzeit gedacht. Zugleich soll eine Preisheraufsetzung das Publikum anlocken. Die Preise werden künftig 1 bis 4 Mark für Mitglieder der Theatergemeinde und 1,20 bis 5,50 Mark für Nichtmitglieder betragen.

Studio im Schauspielhaus. Das „Kollektiv junger Schauspieler“, eine Vereinigung junger Künstler, die unerprobte oder umstrittene Autoren zu spielen beabsichtigt, die heute meistens als ungeeignet für den Abendspielplan gelten, wird am Sonntag, dem 12. April, im Schauspielhaus seine erste Aufführung veranstalten. Und zwar kommen in einer Matinee Friedrich Wolf, „Mafrosen von Cattaro“ zur Aufführung.

Georges Duhamel:

Amerikanisches Vergnügen

Unter dem Titel „Spiegel der Zukunft, Europa oder Amerika“ zieht Georges Duhamel eine philosophisch-skeptische Schlussbilanz von seiner Studienreise durch die Vereinigten Staaten. Aus dem Buch, das soeben im S. Fischer-Verlag erscheint, veröffentlicht mit Genehmigung des Verlages die Schilderung einer mondänen Lustbarkeit in New York:

„Alle diese Herren, die Sie sich heute abend hier amüsieren sehen, führen den ganzen Tag über ein sehr hartes, ein sehr strenges Leben.“

„Das glaube ich gern. Ich muß bei ihrem Anblick sogar an Menschen denken, die ihre Seele verlaufen würden, um auf ihr kleines Brötchen mit Mohnkörnern einen größeren Happen Oreo-Margarine streichen zu können. Augenblicklich ist die Stunde der Entspannung.“

„Man muß doch mal ein wenig lachen.“

„Ah! lieber Doktor. Sie haben mit alles aufgelistet. Ich verstehe nicht recht, woher mein Unbehagen kam. Man muß lachen! Man mußte lachen! Über schauen Sie, Sie lachen nicht. Sie schreien, Sie tanzen, Sie essen, Sie trinken von diesem Gift. Sie lachen nicht. Und ich habe grausame Angst vor einer Welt, in der der Mensch nicht mehr zu lachen versteht. Sie wissen es so gut wie ich, man hat in diesem Land eine „Liga zur Erhaltung der Gewohnheit des Lachens“ gegründet. Welche Offenbarung!“

„Es stimmt“, sagt der Doktor und weigt nachdenklich seinen Kopf, „selbst mit viel Geld kann man nicht alle Tage lachen. Sie essen ja kaum. Und doch ist alles hier gut.“

„Seien Sie mir nicht böse, lieber Doktor Brooke. Alles ist gut, bis auf Ihren Gast. Wer ist dieser sonderbare Herr, der mit jener jungen Frau dort tanzt?“

„Das ist ein höchstes Geschäftsmann, der sich eben zum fünften Mal verheiratet hat. Das ist keine Seltenheit in den Vereinigten Staaten. Die Scheidung, wenn man sie recht versteht, ist wohl ein Mittel gegen den Gebrauch, der bei uns nicht gern geschenkt wird.“

„Wahrhaftig? Und wer ist jene fabelhafte Dame?“

„Der Doktor macht eine unbestimmte Gebärde. Die Dame, die ich durch ein leichtes Hinweisen mit meiner Nase bezeichnete, trägt an den Fingern Diamanten, die man hier wegen ihrer unvergänglichen Schönheit „Größe Hosen“ nennt. Und diese Leuchtturmringe sind mit feinen, strahlenden goldenen Ketten an ihren Handgelenken befestigt. Das Kleid ist aus Gold, die Schuhe sind aus Gold. Aus Gold, aus rotem und grünem Gold, sind auch ihre alten, hundertmal neu angeschafften Haare. Und hinter diesem ganzen Stütz-Goldschmiedekunst ist mir, als sähe ich hunderttausend brennende Schweine, die ein mit Blut bespritzter Neger absticht.“

„Es sind nicht die Schweine, die brüllen, sondern die begeisterten Tänzer. Weder einmal begrüßen sie durch ausgedehntes Alkoholgefaule den sehr wahrscheinlichen Sieg des Champions der Prohibition.“

Soll ich mit den Augen den schwingenden, schwankenden Paaren folgen? Soll ich aufmerksam das Treiben jener gierigen Brünetten beobachten, die den Damnen ihres Tanzers mit ganzer Hand gepackt hält und auf eine Art und Weise drückt, die man in wohlstandigen Ausdrücken kaum zu beschreiben vermöchte? Nein! Betrachten wir lieber jene ausgesetzte Szene, die sich am Nachbarstisch abspielt. Eine noch schöne Zildin, deren Schönheit in dessen etwas Entweites hat, ist im Begriff, unter den falteten, trübten, abschrecklichen Blicken zweier junger Leute mit hochfüllten Gesichtern ihre Tochter an einen gewissen verschlungenen Greis zu verschicken. Die „Transaktion“ ist anstrengend. Der alte Freibuter hört offenbar sehr schlecht: er läßt sich jedes Wort wiederholen, indem er die Hand um sein hartiges Ohr wölbt. Die Mutter betrachtet ihre Tochter noch einmal unter halbgeöffneten Lidern und bietet sie dem Alten für einen Foxtrott, einen Tanz in aller Ruhe an. Der elende Hauswurst setzt sich mit kleinen Schritten in Bewegung. Ich habe Angst, ihn hinzufallen zu sehen. Ein langes Rinnsel von glänzendem Speichel läuft von seiner Unterlippe bis auf die geknickte Hembrust herab. Er redet, er verspricht, er bietet. Das Mädel blinzelt mit den Augenlidern ein lächerliches, hochmütiges, unpersönliches „Ja“ voll Gehässigkeit. Der Alte feuchtet und läuft rot an, als ob er sterben würde. Und zweihunderttausend Schweine, hinter den Kulissen hingepost, feiern dieses Uebereinkommen mit ohrenbetäubendem Gezeter.

Der Jazz töbelt. Der rosa Alkohol läuft die Kehlen hinunter. Die Neger im Tülljedolman fliegen mit verzerrten Gesichtern, stieren Augen und feinen Schweißperlen an den Flügeln ihrer breiten Nasen zwischen den Tanzenden hindurch. Aufsteigende Rauchwolken von Jetzergeschrei verklunden von Zeit zu Zeit, daß der Held der Abstinenz im Zug ist, an Boden zu gewinnen. Ein anderes Mal wieder gröhlt, von den Etagenkämpfen des Saxophons betrunken, die eine Hälfte der Anwesenden: „Auf den Kais von Neu-York“, einen graufligen Gassenhauer, der für das Lieblingslied von Mr. Smith gilt.

Der Doktor neigt sich zu meinem Ohr und murmurte treuherzig: „Nicht wahr, es ist sehr nett hier?“

Nicht die geringste Lust, zu antworten. Mit kühlem Kopf und klarem Auge, frei von allen Mätzuren, die eines Trinkers von edlen Weinen unwürdig sind, betrachte ich durch das Fenster die nächtliche Stadt, die zügellos, von allen Leidenschaften, allen Begierden geschüttet, tausend, bis in den regnerischen Wollenhimmel hinauf, dem Trugbild der Freude nachzujuhen scheint, der reinen menschlichen, der auf immer aus der Welt vertriebenen Freude.

Aufruhr in Kraneberg

Roman einer Zuchthausrevolte von Werner Scheft
Copyright by Wilhelm Goldmann Verlag, G.m.b.H., Leipzig

35] Diese halbe Stunde war für Balle von besonderer Schwere. Er lauschte immer, ob man ihn endlich holen würde. Ungeduld brannte in ihm zu heißer Flamme empor. Er zermarterte sein Hirn nach Wörtern, die er gebrauchen würde, um den Leiter der Anstalt vor der Berechtigung seines Ansuchens zu überzeugen.

Und dann war es wie immer, er plakte angefischt Dr. Beyer heraus, ungehobelt und ohne viel Umschweife.

Nach Hause muß ich, Herr Direktor ... Urlaub muß ich haben."

"Sie meinen natürlich, daß Sie um Urlaub einkommen wollen", verbesserte der Beamte. Er war daran gewöhnt, daß seine Leute ihre Worte nicht so wählten und sahen wie Rechtsanwälte.

"Ja, Herr Direktor. Meine Frau hat ein Kind bekommen. Ich muß doch mal das Kind sehen! Und die Frau auch! ... Bitte lassen Sie mich fort. Ich bin wahnsinnig gleich wieder da ... bestimmen Sie nur, wann..."

Dr. Beyer saß diesem Unglück mit dem Empfinden eines Menschen gegenüber, der am liebsten ja gesagt hätte und nicht weiß, wie er das notwendige, unerlässliche Nein andringen soll.

"Urlaub ist ausgeschlossen, Balle", sagte er möglichst schonend.

"Warum?" fuhr der Mann auf, der sonst so ergeben in sein Schicksal vor dem Direktor gestanden hatte.

"Im ersten Teil Ihrer Strafe darf ich Ihnen überhaupt keinen Urlaub geben. Das könnte höchstens der Staatsanwalt. Vergessen Sie nicht, daß Sie ihm während des Vollzugs unterstehen. Ein Gefüch dorthin wäre aber lächerlich ... ich kann es nicht anders nennen."

Balle hatte das Haupt gesenkt. Es sah aus, als bereite sich ein wilder Stier darauf vor, einem Gegner zu Leibe zu gehen. "Ich soll also das Kind nie sehen ... fünfzehn Jahre lang!"

"So schlimm ist das nicht. Sowie Sie aus der Eingangsstube draußen sind, darf ich Ihnen Urlaub bewilligen. Das heißt, immer in sehr bescheidenden Rahmen und vorausgesetzt, daß Sie sich entsprechend aufführen."

Der Mann im braunen Sträflingsanzug schüttelte energisch den Kopf. "Jeht muß ich raus, jeht will ich meine Frau und das Kind sehen. Das ist mein Recht ... ich bin ein Mensch wie jeder andere, auch wenn ich was gelan habe, was mich hierher gebracht hat."

"Ich kann mich darüber mit Ihnen nicht streiten, Balle. Eigentlich müßte ich unser Gespräch sofort abbrechen. Aber ich begreife, daß Sie sehr aufgereggt sind. Vielleicht wird Sie Ihre Frau später einmal mit dem Kind besuchen."

"Nein ... jeht ... jeht gleich!"

Sie sind unvernünftig. Erst seit ein paar Monaten büßen Sie Ihre Strafe ab und schon fordern Sie etwas, was beim besten Willen nicht möglich ist."

Ein rauhes Lachen kam aus der Kehle Balles. "Na, dann weiß ich ja Bescheid", sagte er mit schneidendem Hohn, schönen Dank, Herr Direktor! So sieht es also mit der Menschlichkeit aus!"

Dr. Beyer gab keine Antwort. Er drückte auf einen Knopf unter dem Schreibtisch. Der Wachtmeister erschien, der den Strafgefangenen vorgeführt hatte.

"Bringen Sie Balle in seine Zelle zurück", befahl der Direktor sachlich.

Als sich die Tür hinter den beiden geschlossen hatte, blieb er eine Weile sitzen und starrte vor sich hin, als verarbeite er jetzt den Eindruck dieser Szene. Dann erhob er sich, trat an seinen Regal-

schrank und suchte die Akten Bruno Balles hervor, wie schon so manches Mal in letzter Zeit. Er blätterte darin, bis er zwischen zwei Protokollen einen engbeschriebenen Zettel fand. Es war seine Handschrift. Er las:

Dann schrieb er noch einiges hinzu, legte das Stück Papier wieder in die Akten zurück und klappte den blauen Deckel zu.

*

Gegen fünf wurde Balle dem Medizinalrat vorgeführt.

Die Schmerzen, die er angeblich während der Arbeit in der kaum verheilten Wunde fühlte, machten dem Arzt einiges Kopfzerbrechen.

Es war Balle ein leichtes, Strancovic ein Zeichen zu geben. Der Serbe nickte ihm verstohlen zu.

Nach der Befragung traten die Strafgefangenen draußen im Korridor an, um abzuwarten, bis auch der letzte abgefertigt war. Es dauerte etwas lange. Balle kam ziemlich spät aus dem Sprechzimmer.

Hinter ihm erschien Strancovic. "Herr Wachtmeister, ich muß dem Balle die Wunde mit Jod einpinseln", wandte er sich an den Aufseher, "wie sind gleich wieder zurück."

Er zog den Kameraden in eine Zelle, die dem Zimmer des Medizinalrats gegenüber lag.

"Was ist los? Was willst du?" fragte er.

"Ich muß Schulz sprechen."

"Nicht möglich ... der ist drüben im Saal zwei. Wandtheim hat einen Galeriesteinfall."

"Ich muß ihn unbedingt sprechen", wiederholte Balle eigenhändig.

Der Serbe legte die Stirn in Falten. Er dachte angestrengt nach.

"Ja, so geht es. Schulz muß gleich drüben beim Medizinalrat sein. Der hat nach ihm gerufen. Ich bring dich noch einmal rüber, dann hol' ich den Alten weg. Dräng' dich aber nicht vor, las die übrigen erst an die Reihe."

"Und was soll ich sagen, wenn mich der Alte fragt?"

"Sag' du hättest vergessen, ihn um ein Beruhigungsmittel für die Nacht zu bitten. Du könntest wegen der Schmerzen nicht schlafen."

Als sich dann das Sprechzimmer bis auf den Medizinalrat, Schulz, Strancovic und Balle gefüllt hatte, kam einer mit der Meldung, Wandtheim habe sich aus dem Bett geworfen und behauptet, daß er es ohne Spritze nicht aushalte. Der Anstaltsarzt wurde ärgerlich. Heute nahm die Arbeit wieder einmal kein Ende. Über er lief sofort mit Strancovic hinüber, um dem Kranken Erleichterung zu bringen.

"Na, was willst du?" fragte Schulz, dessen Mienen nicht verriet, wie nahe er dem großen Schlag war. Kein anderer an seiner Stelle hätte es fertiggebracht, den Medizinalrat auch jetzt noch zu täuschen, wo ihn nur noch Stunden von der Entscheidung trennen.

"Du, ich mache mit!"

Schulz lächelte seltsam. "Das habe ich nicht anders erwartet."

"Da bist du aber auf dem Holzweg gewesen. Ich mache nur mit, weil ich raus muß ... für eine Nacht wenigstens."

"Wie meinst du das? Du weilst, was wir verabredet haben. Keiner darf die Anstalt verlassen, bevor nicht alle raus können. Alle oder keiner. Wenn wir auseinanderlaufen, wie ein Haufen Lumpengindel, werden wir nichts erreichen."

"Weiß ich, Doktor, weiß ich. Aber ich hab' heute gehört, daß meine Frau ein Kind bekommen hat. Ich werde alles für euch tun, wenn ihr mir erlaubt, gleich am Abend auszubrechen und nach Berlin zu fahren."

"Wie willst du das fertigbringen?" Es llang lauernd, beinahe neugierig.

"Meine Sache, Doktor. Am Morgen bin ich wieder bei euch. Dann schlage ich mich meinewegen mit den Landjägern herum.

Dann wenn sie Reichswehr ranbringen, sollst du mich kennenzulernen.

Ich hab' auch vor denen keine Angst!"

"So arg wird es nicht werden. Wir haben die Beamten als Geiseln. Über du kommst nicht durch, ich sage es dir gleich. Unmöglich, dann wieder in die Anstalt reinzukommen. Man wird uns umzingeln und keine Maus durchlassen." (Fortsetzung folgt.)

Rundfunk-Programm Leipzig-Dresden

Leipzig (1184 kHz, 2,8 kW) Welle 253,4

Dresden (941 kHz, 0,3 kW) Welle 318,8

Montag, den 24. März.

10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.

10.05 Uhr: Weiterdienst und Verkehrsfunk.

10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.

10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt.

11.00 Uhr: Werbenachrichten.

11.45 Uhr: Weiterdienst, Wasserstandsmeldungen, Schneeverlust.

12.00 Uhr: Aus Spanien. (Schallplatten)

12.55 Uhr: Nauner Zeitungen. (Schluß 18.00 Uhr.)

13.00 Uhr: Weitervorauslage, Presse- und Börsenbericht.

Unschicklich: Einwas für Sie. (Schallplatten.)

14.00 Uhr: Erwerbslohnfunk. Alle Angestellte sind erwerbslos.

14.30 Uhr: Büchertunde für die Jugend. Paul Wagner, Leipzig.

15.00 Uhr: Rhythmischtänzlicher Kinderunterricht der Maria-Wigman-Schule, Dresden. Leitung: Elisabeth Wigman.

15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.

16.00 Uhr: Bernd Kunste lehren. (Zur Vortragssgruppe „Der Zugang zur Kunst“.) Dr. August Wilhelm Luiz, Berlin.

16.30 Uhr: Wagner-Nachmittag. Das Leipziger Sinfonieorchester.

17.30—17.35 Uhr: Weitervorauslage und Zeitangabe.

17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.

18.05 Uhr: Frauenfunk. Was die Frauen in der Stadtverordnetenversammlung angeht. Stadtverordnete Anna Jabel, Leipzig.

18.30 Uhr: Dr. Henk Becker, Leipzig, unterhält sich mit Simone Willa, Berlin, über „Leben und Studium in Frankreich“.

18.50 Uhr: Wie geben Auskunft...

19.00 Uhr: Die Jenauer Stiftungsbetriebe in ihrer sozialen Bedeutung. (Als Vorbereitung auf den Jenauer Tag am 26. März.)

19.30 Uhr: Schallplatten.

20.30 Uhr: Hilde Stielic: Leichter Humor. Eine Novelle. Sprechzarin: Hanna Ranties.

21.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.30 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Hammelkeule mit Perlspeckbohnen 1.25. Ein kleiner Eisbein m. Sauerkraut u. Kartoffeln 1.00. Masthuhn mit Paprikasauce und Kartoffel 1.85. Krusenrilet: Unger-Riesensuppe und Bratwurst mit Rotkraut 80. Morgen: Hammelfleisch mit Weißkohl 1.10. Masseler Rücken mit Sauerkraut 1.20. Masthuhn in Brühre und Schoten 1.65. Hausgericht: Grüne Erbsensuppe und Schmorbraten mit Rote Rüben und Kartoffeln 80.

2.00 Uhr: Nachtdienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

2.00 Uhr: Robert-Schumann-Stunde. Mitwirkende: Martha Fuchs von der Staatsoper Dresden (Mezzosopran). Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Blüthner.

21.00 Uhr: Vom Tage (Wirtschaft). Das Ende der Reparationen. Priv.-Doz. Dr. Felix Boesler, Leipzig, spricht über das neue Buch von Schacht.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Unschicklich bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.